

Privatisierungsreport – 10

Wie die Finanzkrise die Privatisierung des Bildungswesens vorantreibt



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Hauptvorstand
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt
069/78973-0
Fax: 069/78973-202
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Verantwortlich: Ulrich Thöne, Ulf Rödde (V.i.S.d.P.)
Autor: Matthias Holland-Letz
Redaktion: Sarah Holze
Illustration: Katja Rosenberg
Gestaltung: Jana Roth
Druck: Druckerei Leutheußer

ISBN: 978-3-939470-45-8
Artikelnr.: 1353

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop (www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de,
Fax: 06103-30332-20), Mindestbestellmenge: 10 Exemplare, Einzelpreis 2,00 Euro,
Preise zzgl. Verpackungs- und Versandkosten von zurzeit 6,96 Euro brutto.

Einzelexemplare können Sie anfordern unter: broschueren@gew.de,
Fax: 069/78973-70161.
Preis: 2,70 Euro inkl. Versandkosten.

März 2010



Privatisierungsreport – 10

Wie die Finanzkrise die Privatisierung des Bildungswesens vorantreibt

Vorwort	5
1. Worum es geht	7
2. Die Finanzkrise – wie es dazu kam	9
2.1 Der weltweite Kapitalstrom	
2.2 Die Macht der Finanzindustrie	
2.3 Der Aufstieg neuer Akteure und neuer Finanzprodukte	
2.4 Deregulierung	
2.5 Kritiker und Mahner blieben ungehört	
3. Die Blase platzt	31
3.1 Der Immobilienboom in den USA	
3.2 Was dann geschah – eine Chronologie	
3.3 Wie Regierungen und Internationaler Währungsfonds versuchen, die Finanzkrise zu bekämpfen	
4. Die Folgen der Finanzkrise	37
4.1 Weltweit	
4.2 In Deutschland	
5. Der Privatisierungsdruck nimmt zu	43
5.1 „Strategische Kooperationen“ zwischen Unternehmen und Schulen – ein Kongress in Berlin	
5.2 Private Stiftungen zahlen Millionen zugunsten neuer Fakultät für Lehrerbildung	
5.3 „Einzigartige öffentlich-private Partnerschaft“ – das Bildungsprojekt „Lernen von Ort“	
5.4 Public Private Partnership bei Schulgebäuden	
6. Das Casino bleibt geöffnet	61
6.1 Die Lobby siegt	
6.2 Von Banditen und Bankern – weitere Nachrichten aus dem Casino	
7. Was GEW und andere Gewerkschaften fordern	67



Das Bildungswesen – eine Insel der Glückseligen in den stürmischen Zeiten der Finanzkrise? Keineswegs. Private Investoren wittern gerade nun ihre Chancen und drängen in den Bildungssektor. Diese Broschüre nimmt die Verbindung zwischen der großen Finanzmarktkrise und dem Bildungsbereich unter die Lupe.

Autor Matthias Holland-Letz untersucht präzise und nachvollziehbar die wichtigsten Aspekte der Finanzkrise. Enorme, zu rein spekulativen Zwecken genutzte Finanzmasse in privaten Händen dringen in alle Ritzen der Gesellschaft und unterwerfen immer mehr Bereiche des Lebens der Profitlogik. Eine neue, zusätzliche Triebfeder der Privatisierung von Bildung ist entstanden. Es gibt viel – viel zu viel – Kapital in privater Hand, auf der Suche nach profitabler Anlage. Dies zu rein spekulativen Zwecken genutzte Kapital ist dank der politischen Unterstützung enorm gewachsen. Deshalb gerät jetzt auch der Bildungsbereich verstärkt ins Visier von Anlegern. Gestützt auf die politisch gewollte und bewusst herbeigeführte relative Armut öffentlicher Kassen wird der Druck zur Privatisierung stärker und marktmäßige, privatwirtschaftliche Lösungen gewinnen an Bedeutung. Private Bildungseinrichtungen, deren Geschäftszweck die Erwirtschaftung von Profit ist, betreten in immer größerer Zahl die Bühne.

Wer jetzt lediglich den Blick auf diejenigen richtet, deren Lebensumstände – sei es z.B. als Schülerinnen oder Lehrerinnen – sich ändern und sich mit deren konkreten Erfahrungen mit der Privatisierung beschäftigt, greift zu kurz, wenn es um die Erfassung von Auswirkungen auf den Bildungsbereich geht. Einzelfälle können sehr lehrreich und spannend sein und sicher bietet die aktuelle Lage der Phorms-Schulen in Köln und Hannover Kritikern der Privatisierung reichlich Anschauungsmaterial. Aber, und das wird im nachfolgenden Text kenntnisreich angesprochen, das vielfach hinter der Privatisierung liegende marktradikale Prinzip ist die eigentliche Ursache für die Krise

und die damit verbundenen hohen Belastungen der gesamten Gesellschaft. Umsteuern in unserem Sinne hieße daher zu allererst: Geld in öffentliche Kassen statt in die Spekulation zu lenken und mit diesen erhöhten Ressourcen z.B. die öffentliche Bildung für alle – und nicht nur für einige wenige – zu verbessern. Wir wollen die Gesellschaft und ihre Einrichtungen vor der Marktradikalisierung schützen, weil ihre Logik zu solchen Krisen führt, wie sie im Folgenden beschrieben wird.

Die hier vorliegende Broschüre ist daher vor allem auch eine profunde Begründung, warum aus Sicht der Bildung Finanzmarktregulierungen und eine drastische Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums hin zu stärkeren öffentlichen Einnahmen nötig sind.

Gleichzeitig wird beschrieben, was passiert, wenn es keine ausreichende politische Reaktion auf die Krise gibt. Dann nämlich wird die Finanzkrise – allen anders lautenden Erfahrungen zum Trotz – zusätzlich dazu genutzt, ausgerechnet noch mehr public-private-partnership-Projekte zu starten.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre.

Ulrich Thöne

Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

I. Worum es geht

Bochum, 12. Mai 2009. Christian Ude (SPD), der Oberbürgermeister von München, tritt im Kongresszentrum ans Rednerpult.¹ In der Finanzkrise, erklärt Ude, stecke die Chance, „nicht mehr die Kräfte des Marktes zu überschätzen.“ Es gelte, sich auf die „soziale Dimension unserer Marktwirtschaft zu besinnen“. Nach gescheiterten Privatisierungen sei der Ruf „Privat vor Staat“ nahezu verstummt. So Christian Ude, der als Präsident des kommunalen Spitzenverbandes Deutscher Städtetag zu rund 1.000 Gästen und Delegierten des Kommunalverbandes sprach. Stemmt sich der Städtetag also gegen weitere Privatisierung?

Frankfurt am Main, 28. April 2009. In den Räumen der Industrie- und Handelskammer, am „Börsenplatz 4“ gelegen, beginnt eine Lobbykonferenz der besonderen Art: Die „8. Jahrestagung Public-Private-Partnership“.² Zu den Mitveranstaltern zählen das Bauunternehmen Bilfinger Berger, die internationale Anwaltskanzlei Clifford Chance sowie die US-Beratungsagentur PriceWaterhouse-Coopers. Zu den Sponsoren gehört die Deutsche Bank. Alles Firmen, die mit (Teil-) Privatisierung Profit machen. Sie verdienen, wenn die öffentliche Hand den Bau und Betrieb von Brücken, Straßen, Rathäusern oder Schulgebäuden als Public-Private-Partnership (PPP) realisiert.³ Weil der Staat dann Finanzierungen einkauft und Dienstleistungen von Baubranche, Anwälten und Beratern in Anspruch nimmt. Einer der „Kooperationspartner“ der Tagung ist – der Deutsche Städtetag.

„PPP-Projekte, die sich die öffentliche Hand konventionell finanziert nicht leisten kann, darf sie sich ebenso wenig alternativ finanziert leisten.“

(Die Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder in einer gemeinsamen Erklärung, 5. Mai 2006)⁴

Die GEW kritisiert, dass PPP-Projekte realisiert werden, obwohl sie nach Expertenmeinung teurer sind als herkömmlich finanzierte öffentliche Projekte.⁵ Es fehlt zudem an demokratischer Kontrolle. Die öffentliche Hand, so die Gewerkschaft, praktiziere mit PPP lediglich „kaschierte Neuverschuldung“.

Die Privatisierung geht also weiter, unterstützt durch kommunale Spitzenverbände. Denn die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt den Privatisierungsdruck, auch im Bildungswesen. Weil Bund, Länder und Gemeinden dramatisch weniger Geld haben, um für hochwertige Qualität an öffentlichen Universitäten, Schulen oder Weiterbildungseinrichtungen zu sorgen. Davon profitieren Unternehmen, die mit Privatisierung Kasse machen. Das machen sich auch unternehmensnahe Stiftungen zunutze. Sie springen in die Lücke – und verbreiten dann gerne ihre Weltanschauung in öffentlichen Bildungseinrichtungen.

Grund genug für die GEW, die Finanzkrise unter die Lupe zu nehmen. Was genau hat die Krise verursacht? Welche Rolle spielte die Deregulierungs-Lobby? Und warum geht das Zocken im Casino nahezu ungehindert weiter? Zudem zeigen wir an Beispielen auf, wie sich die Privatisierung im Bildungswesen fortsetzt. Ferner berichtet der vorliegende Privatisierungsreport Nummer 10, was die Gewerkschaften fordern, damit ein grundlegender politischer Kurswechsel stattfindet.

Quellen

- 1 zum Folgenden: Deutscher Städtetag, „Mitteilungen“ 5/2009, Seite 2
- 2 http://www.convent2.de/convent/ressourcen/pdf/090507_PPP.pdf, 5.11.2009
- 3 siehe Privatisierungsreport Nr.3, Seite 39ff
- 4 http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com_content&task=view&id=256&Itemid=40, 27.10.2009
- 5 siehe Beschluss des GEW-Gewerkschaftstags am 29.4.2009 in Nürnberg: http://www.gew-gewerkschaftstag.de/Binaries/Binary47147/1_01_002_1-2_gew.pdf, 28.10.2009

2. Die Finanzkrise – wie es dazu kam

2.1 Der weltweite Kapitalstrom

Eine gigantische Zahl: 10 mal 1.000 Milliarden Dollar, also 10 Billionen⁶ Dollar. Diesen Wert hatten alle Waren und Dienstleistungen, die im Jahr 1980 weltweit produziert wurden.⁷ Man spricht vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Welt. Bis 2007 erhöhte sich dieses BIP auf 55 Billionen Dollar. Doch im selben Zeitraum stieg der Wert des weltweiten Finanzvermögens weit stärker – von 12 auf 196 Billionen Dollar.

Diese Entwicklung habe „zu dem Druck der Anleger auf den Finanzmärkten geführt“, heißt es im Memorandum 2009 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Dieser Druck, verstärkt durch Gier, trieb die Geldjongleure an der Wall Street und in der City of London zu immer riskanteren Spekulationen.

Doch woher kommt dieses gigantische Vermögen? Es entstand in den letzten drei Jahrzehnten „durch die Umverteilung von unten nach oben“, schreibt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Statt Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer zu finanzieren, flossen die Gewinne in die Taschen der Unternehmer und der Aktionäre. Zudem finanzierten immer mehr Firmen millionenschwere Boni ihrer Manager. Das Geld sackten also Wohlhabende ein, die ihre Zugewinne in Finanzanlagen steckten.⁸ Was die internationalen Finanzmärkte immer weiter aufblähte.

Hinzu kam die Privatisierung der Rentensysteme. Was Normalverdiener in den westlichen Ländern für Rente und Altersvorsorge zurücklegten, kassierten zunehmend Banken, Versicherungen und Pensionsfonds. Ab dem Jahr 2001 auch in Deutschland, Stichwort Riester-Rente. Auch davon profitieren die Akteure auf den Finanzmärkten.

Eine weitere Rolle spielt die Steuerflucht. Das internationale Tax Justice Network⁹ schätzt, dass reiche Privatpersonen weltweit mindes-

tens 11.000 Milliarden US-Dollar (11 Billionen) auf Antigua, den Kanalinseln, in Liechtenstein, Monaco, Hongkong oder Singapur versteckt haben.¹⁰ Damit entgehen den Heimatstaaten jährlich Steuereinnahmen in Höhe von rund 250 Milliarden Dollar.¹¹ Auch dieses Schwarzgeld befeuert die internationalen Finanzmärkte.

„Die weltweiten grenzüberschreitenden Finanzströme aus kriminellen Aktivitäten, Korruption und Steuerhinterziehung werden auf 1 bis 1,6 Billionen US-Dollar jährlich geschätzt ...“

(„Stolen Asset Recovery Initiative“, Weltbank, Juni 2007)¹²

Doch der weltweite Kapitalstrom wird durch weitere Quellen gespeist: Etwa durch die Petrodollar der arabischen Ölförderländer, die Vermögen asiatischer Staatsfonds, durch die Milliarden russischer Oligarchen und korrupter afrikanischer Staatsschefs.

Die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger – dies war bereits eine der Ursachen, die zur Weltwirtschaftskrise von 1929 führten. Das lässt sich nachlesen bei John Kenneth Galbraith, dem US-Ökonomen und Gesellschaftskritiker.¹³ Denn wer immer mehr Reichtum anhäuft, sei gezwungen, zu investieren, erklärt Galbraith. Er könne sein Geld gar nicht allein für Essen, Kleidung, Wohnen, Altersvorsorge und Freizeitgestaltung ausgeben. Doch Investitionen seien weit stärkeren Schwankungen unterworfen als der tägliche Konsum einer Arbeiterfamilie. Die Unsicherheit im Weltfinanzsystem nimmt also zu, betont Galbraith.

2.2 Die Macht der Finanzindustrie

Fünf Herren im Business-Anzug, stehend, die rechte Hand zum Schwur erhoben.¹⁴ Dieses Foto ging um die Welt. Es zeigt fünf US-amerikani-

sche Hedgefondsmanager am 13. November 2008, bevor sie vom US-Kongress ins Kreuzverhör genommen werden. Die fünf Männer heißen George Soros, James Simons, John Paulson, Philip Falcone und Kenneth Griffin. „Jeder hat 2007 persönlich mehr als eine Milliarde Dollar verdient“, schreibt die ZEIT über das Quintett.¹⁵ „Sie haben mehr Geld als Gott“, zitiert das Wochenblatt einen Kongressabgeordneten.

Wieviel ist eine Milliarde Dollar?

Stellen sich vor, Sie bekommen jede Woche eine Million Dollar geschenkt. Das geschieht Woche für Woche, ein ganzes Jahr lang, mit Ausnahme der beiden Wochen um Ostern und Weihnachten. Innerhalb eines Jahres kassieren Sie also 50 Millionen Dollar. Wenn dies 20 Jahre lang weitergeht, dann haben Sie eine Milliarde Dollar auf ihrem Konto, Zins und Zinseszins nicht mitgerechnet.¹⁶



Die amerikanische Finanzindustrie – Banken, Versicherungen, Hedgefonds – unterhält einen mächtigen Lobbyapparat.¹⁷ Seit Ende der 1990er Jahre gab sie 3,5 Milliarden Dollar aus, um ihre Interessen durchzusetzen. Außerdem zahlte sie 2,2 Milliarden Dollar für Wahlkampfspenden. Dies fanden Rechercheure heraus, die für das Center for Responsive Politics in Washington arbeiten.

Allein die US-Großbank Wells Fargo spendete von 2005 bis 2007 fast 18 Millionen Dollar an hochrangige Politiker. Auch als Arbeitgeber spielt die Branche eine große Rolle. In der Londoner Finanzindustrie arbeiteten im Sommer 2007 rund 350.000 Menschen.¹⁸ Mindestens so viele Jobs dürften es an der Wall Street gewesen sein. Für die USA sei „die Geldbranche einer der wenigen Sektoren, der weltweit wettbewerbsfähig ist“. Ein Sektor, der große Exportüberschüsse erwirtschaftete. So die Journalisten Harald Schumann und Christiane Grefe.¹⁹

Kontakte sind alles. Welche Prominente aus Politik und Wirtschaft für die Finanzindustrie arbeiten – gestern und heute:

Caio Koch-Weser, bis 2005 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Wechselte 2006 als „Vice Chairman“ zur Deutschen Bank (DB).²⁰ Er verfüge über „umfassende Erfahrungen in Regierungsangelegenheiten, internationalen Finanzen und der globalen Wirtschaft“, lobte DB-Chef Josef Ackermann.

Hans Martin Bury (SPD), unter Bundeskanzler Gerhard Schröder bis 2005 Staatsminister für Europafragen. Wechselte 2005 als „Managing Director“ zu Lehman Brothers, zuständig für Investment Banking und PPP-Projekte.²¹ Heute arbeitet Bury für die PR- und Beratungsfirma Hering Schuppener Consulting in Frankfurt am Main.

Lothar Späth (CDU), Ex-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Ex-Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG in Jena. Späth wurde 2005 Deutschland-Chef der US-Investmentbank Merrill Lynch.²²

Friedrich Merz (CDU), Ex-Mitglied des Deutschen Bundestags. Partner der internationalen Anwaltskanzlei Mayer Brown LLP in Berlin.²³ Merz geriet 2005 unter öffentlichen Druck, weil er den Hedgefonds TCI beriet.²⁴

Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Unterstützte 2006 die Bank of America als „Senior Advisor“.²⁵

Otmar Issing, Ex-Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank. Wurde 2006 „International Advisor“ von Goldman Sachs.²⁶

John Kornblum, Ex-Botschafter der USA in Deutschland. Übernahm 2001 den Vorsitz von Lazard & Co. Germany, einem Ableger der US-Investmentbank Lazard.²⁷

Tony Blair, ehemaliger Premierminister von Großbritannien.²⁸

Er unterschrieb 2008 einen Beratervertrag bei der US-Investmentbank JP Morgan. „Branchenexperten rechneten, dass er für seinen Job ein Jahresgehalt von rund einer Million Dollar erhält“, berichtete das Manager-Magazin.

José María Aznar, ehemaliger Ministerpräsident Spaniens.

Er beriet bis 2009 den Hedgefonds Centaurus Capital.²⁹

Jeb Bush, Bruder von George W. Bush und ehemaliger Gouverneur von Florida. Wie Reuters berichtete, arbeitete er 2007 als Berater von Lehman Brothers.³⁰

Roland Berger, Gründer und Chef der gleichnamigen Unternehmensberatung, seit 2009 Partner bei der Investmentfirma Berger Lahnstein Middelhoff & Partners (BLM) in London.³¹ Zudem Co-Chairman der US-Investmentfirma Blackstone International.³²

Thomas Middelhoff, ehemals Vorstandsvorsitzender bei Arcandor und Bertelsmann AG, seit 2009 ebenfalls Partner bei der Investmentfirma Berger Lahnstein Middelhoff & Partners in London.³³

Hartmut Mehdorn, bis 2009 Chef der Deutschen Bahn AG. Heuerte anschließend als „Seniorberater“ bei der US-Bank Morgan Stanley an.³⁴

Das weltweit vielleicht einflussreichste Geldinstitut ist die US-Bank Goldman Sachs. Gegründet 1869, beschäftigt die Großbank heute rund 30.000 Menschen.³⁵ Von Manhattan aus steuert sie ein weltumspannendes Netz von Niederlassungen. Umsatz in 2007: 45,9 Milliarden Dollar. Im selben Jahr verteilte die Großbank mehr als 20 Milliarden Dollar Boni unter ihren Mitarbeitern.³⁶ Allein Goldman-Boss Lloyd Blankfein strich 68 Millionen Dollar an Aktien, Optionen und in bar ein.³⁷ Es verblieb ein Netto-Gewinn von 11,6 Milliarden Dollar.³⁸

Die Bank pflegt beste Kontakte. ZEIT-Autorin Heike Buchter zählt auf, welche Posten ehemals hochrangige Goldman-Leute bekleiden:³⁹ William Dudley, früher Goldman-Chefvolkswirt, leitet heute die New Yorker Niederlassung der US-Zentralbank. Mario Draghi, Ex-Partner bei Goldman, ist Chef der italienischen Zentralbank. Robert Zoellick, vormals Goldman-Banker, steht an der Spitze der Weltbank. Henry Paulson, zuvor Chef von Goldman Sachs, wurde in der Regierungszeit von George W. Bush Finanzminister. „Goldman Sachs erntet die höchste Rendite durch Einfluss und Information“, urteilt William Black, Jurist und Bankenexperte an der University of Missouri.⁴⁰

Auch in Deutschland mischen die Goldmänner mit.⁴¹ 1996 brachte die US-Bank, gemeinsam mit der Deutschen Bank, die Deutsche Telekom an die Börse. Sie gehörte 1998 zu den Strippenziehern, als Daimler und Chrysler fusionierten. Sie war mit von der Partie, als Karstadt 2006 in Schieflage geriet und Filialen verkaufte. David Walton, Chefökonom von Goldman Sachs Europa, darf regelmäßig eine Kolumne im Manager-Magazin veröffentlichen.⁴²

2.3 Der Aufstieg neuer Akteure und neuer Finanzprodukte

Hedgefonds. Das englische Wort „to hedge“ bedeutet, ein Grundstück mit einer Hecke zu umgeben und somit zu sichern. Hedgefonds sind private Finanzakteure, die Kapital von Dritten weltweit anlegen – und dabei hohe Risiken eingehen.⁴³ Um den Einsatz zu erhöhen, nehmen sie hohe Kredite auf – Fachleute sprechen von Leverage. Was enorme Renditen bringt, bezogen auf das Eigenkapital – wenn die Spekulation gelingt. Geht es schief, ist der Verlust umso größer, weil auch der Kredit zurückzahlen ist.

Eine Spezialität waren bislang so genannte Leerverkäufe.⁴⁴ Ein harmloser Begriff – gemeint ist das Zocken mit Aktien, die dem Hedgefonds gar nicht gehören. Und das geht so: Der Hedgefonds leiht sich gewaltige Aktienpakete, für die er nur eine Gebühr zahlt, und verkauft sie an der Börse. Dadurch steigt das Aktienangebot, der Kurs der Aktie fällt. Wovon der Hedgefonds profitiert. Denn er kauft jetzt die Aktie zum niedrigen Kurs – und gibt sie dem Besitzer zurück. Ein Riesengeschäft. Denn die Differenz zwischen hohem Verkaufspreis und niedrigem Kaufpreis streicht der Fonds als Gewinn ein. Die Spekulanten puschten die Rendite oftmals dadurch, dass sie die Leerkäufe per Kredit finanzierten. Zockerei mit geliehenen Aktien, bezahlt mit geliehenem Geld. Spekulation hoch drei.

Hedgefonds nutzen für ihre Geschäfte auch gerne neuartige Finanzprodukte, sogenannte Derivate (siehe unten). Die umstrittenen Fonds haben ihren Sitz bevorzugt in Steueroasen. Sie unterliegen keinerlei Bankenaufsicht. Die Namen bekannter Hedgefonds lauteten Citadel, Centaurus, Greenlight Capital, S 3 Partners oder Renaissance Technologies. Ende 2007 verwalteten Hedgefonds ein Vermögen von 1.900 Milliarden Dollar – und hatten ein Vielfaches dieser Summe zusätzlich als Kredit aufgenommen.

Investmentbanken. Sparbuch? Girokonto? Gibt's hier nicht. Investmentbanken verwalten Vermögen, handeln mit Wertpapieren und beraten Unternehmen, die an die Börse gehen wollen oder andere Unternehmen kaufen möchten. Kleinsparer sind hier fehl am Platze. In den USA galt von 1932 bis 1999 ein Gesetz, das Investmentbanken und herkömmliche Geschäftsbanken trennte.⁴⁵ Davon profitierten die Investmentbanken – sie unterlagen nicht der strengen Aufsicht, die für Geschäftsbanken gilt.⁴⁶ Auch nach 1999 verblieben den US-Investmentbanken viele Freiheiten. In Deutschland hingegen herrscht das Universalbankensystem, hier sind die beiden Bankentypen nicht getrennt. Deutsche Geldinstitute erwarben deshalb im Ausland Investmentbanken – um beim Tanz um das goldene Kalb ungehindert mitmachen zu können.

Conduits. Lothar Kamp von der Hans-Böckler-Stiftung nennt Conduits „Schattenbanken“. Es sind Zweckgesellschaften, die nicht der Bankenaufsicht unterliegen.⁴⁷ Sie haben ihren Sitz in Steueroasen, etwa auf den britischen Kanalinseln oder auf den Cayman-Inseln in der Karibik. Die sächsische Landesbank Sachsen LB unterhielt zwei Conduits in Irland.⁴⁸ Deren Geschäfte tauchten in der Bilanz der Landesbank nicht auf. Die Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB leistete sich einen Conduit im US-Steuerparadies Delaware. Auch die Dresdner Bank, die britische HSBC oder die französische Société Générale zokkten mittels Conduits – „in den Grauzonen der Offshore-Zentren“.⁴⁹

Rating-Agenturen. Sie heißen Moody's, Fitch oder Standard & Poor's: Private US-Unternehmen, die Bewertungen (englisch: ratings) vornehmen – und sich dies gut bezahlen lassen.⁵⁰ Rating-Agenturen bewerten als eine Art Finanz-TÜV einzelne Finanzprodukte, Unternehmen, ja sogar ganze Staaten. Immer geht es um die Frage, wie hoch die Chancen sind, in Zukunft wirtschaftlich gut dazustehen. Fällt das Rating positiv aus, ist die Kreditwürdigkeit hoch. Das Unternehmen oder der

Staat kann dann auf den Finanzmärkten Kredite zu niedrigen Zinsen aufnehmen. Fällt das Rating schlecht aus, muss der Bewertete höhere Zinsen zahlen.

Derivate. „Abkömmling, etwas aus einem anderen Abgeleiteten“, definiert der Brockhaus. Derivate sind neue Finanzprodukte, deren Preis zum Beispiel vom Aktienkurs oder vom Preis für Rohstoffe abgeleitet wird.⁵¹ Im Kern handele es sich um „verkäufliche Vertragsbeziehungen“, so die Wochenzeitung DIE ZEIT.⁵² Zu den Derivaten gehört die so genannte Option: Der Vertragspartner erwirbt beispielsweise das Recht, zu einem heute vereinbarten Preis in einigen Wochen ein Wertpapier zu kaufen. Die Option wiederum kann verkauft werden. Die ZEIT schrieb 2007: „Der Umfang der schwebenden Derivatgeschäfte beträgt ein Vielfaches des Welthandels mit Waren und Gütern.“⁵³

Mortgage Backed Securities (MBS). Dieses Finanzprodukt entsteht so: Zunächst werden Hypothekenkredite (englisch für Hypothek: mortgage) an Investmentbanken verkauft. Die Investmentbank schnürt, gegen Gebühr natürlich, Hunderte oder Tausende dieser Kredite zu einem Paket. Dieses Paket wird verbrieft, also in ein Wertpapier verwandelt.⁵⁴ Die Zinsen, die für dieses MBS-Wertpapier gezahlt werden, finanzieren sich aus den Zinsen, die der Hypothekenkreditnehmer aufbringt. Kann der nicht mehr zahlen, sind auch die MBS nichts mehr wert. Durch Mortgage Backed Securities werden die Hypothekenbanken ihre Kreditverträge wieder los, also auch die damit verbundenen Risiken. Auf diese Weise können sie immer neue Darlehen unter die Leute bringen. Vor allem die großen US-Investmentbanken profitierten. Sie verdienten durch MBS allein im Jahr 2006 rund 2,6 Milliarden Dollar.

Collateralized Debt Obligations (CDO). CDOs bestehen zu einem hohen Anteil aus riskanten MBS. Riskant heißt: Hohe Wahrschein-

lichkeit, dass der Kreditnehmer nicht mehr zahlen kann. In den USA sprach man beschönigend von „subprime mortgages“ (auf Deutsch etwa: suboptimale Hypothekenkreditverträge). Investmentbanken sortierten diese MBS neu, vermischten sie mit anderen Finanzprodukten – und verkauften auch sie als renditeträchtiges Wertpapier. Deren Argumentation:⁵⁵ Bei 1.000 armen Schuldnern zeige die Erfahrung, dass lediglich jeder zehnte pleite geht. Deshalb lassen sich 90 Prozent eines solchen Pakets als sichere Anleihe verkaufen. Das sahen auch die Rating-Agenturen so – und bescheinigten den CDOs zumeist beste Qualität.⁵⁶

Zur Rede von Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, am 21. Juni 2007 in der SPD-Parteizentrale:

„...erklärt der Spitzenbanker mit rationalen Argumenten, dass die Finanzmärkte heute stabiler als früher sind. Als Gründe nennt er, dass die Risiken gestreut werden, weil viele institutionelle und private Investoren kleine Teile davon übernehmen...“⁵⁷

Für immer neuen Nachschub auf dem CDO-Markt sorgten die Hypothekenbanken. Sie vergaben allein im Jahr 2005 Kredite im Wert von 625 Milliarden Dollar an Kunden mit schlechter Bonität.⁵⁸ Zur Not halfen zwielichtige Makler mit Lockzinsen (teaser rates) nach:⁵⁹ In den ersten Monaten waren allenfalls geringe Kreditzinsen zu zahlen – danach schnellte der Zinssatz auf 10 Prozent und höher. „Mindestens fünf Millionen Menschen, viele davon Schwarze und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten, wurden systematisch in eine Verschuldung jenseits ihrer Möglichkeiten getrieben“. So bringen es Harald Schumann und Christiane Grefe auf den Punkt.⁶⁰ Der weltweite Handel verteilte diese Risiken über den gesamten Globus.

„Das ganze Kreditgeschäft gleicht nun einem Spiel, wo sich die Teilnehmer im Dunkeln heiße Kartoffeln zuwerfen, bis das Licht angeht und die letzten Fänger sich die Finger verbrennen.“

(US-Ökonom Joseph Mason)⁶¹

Credit Default Swaps (CDS). Eine Versicherung auf Kredite – und ebenfalls ein Derivat.⁶² Versichert wird der Fall, dass ein Kreditnehmer nicht mehr zahlen kann. Also zum Beispiel ein frischgebackener Hauseigentümer in Kalifornien, Illinois oder Florida. Kommt es zur Pleite, so muss der Versicherungsgeber für den Schaden aufkommen. CDS werden auch zwischen Banken abgeschlossen: Bank A vergibt einen Kredit und müsste dafür Rücklagen bilden. Dies kann sie vermeiden, wenn sie bei Bank B eine Art Rückversicherung abschließt, einen CDS. Bank B wiederum sichert sich bei Bank C ab. So entstehen gewaltige Kreditketten, von Bank zu Bank, grenzüberschreitend.

Um das Jahr 2000 herum explodierte der Handel mit den Kreditversicherungen. Denn Banken und Hedgefonds nutzten die CDS-Papiere nicht nur, um ihre eigenen Geschäfte abzusichern.⁶³ Sie spekulierten in großem Stil darauf, dass ein Kreditnehmer pleite geht. So wetteten Hedgefonds mit CDS im März 2008, dass Island seine Schulden nicht mehr zurückzahlen kann.⁶⁴

„Credit Default Swaps sind wahrscheinlich die wichtigsten Finanzinstrumente überhaupt. Sie haben es ermöglicht, dass die US-Banken ihre Risiken auf stabile amerikanische und internationale Institutionen verteilen konnten.“

(US-Zentralbankchef Alan Greenspan, vor Beginn der Finanzkrise)⁶⁵

Credit Default Swaps werden außerhalb der Börse gehandelt, keine Aufsichtsbehörde kontrolliert diesen Markt. Im Jahr 2008 betrug der Wert aller CDS kaum vorstellbare 62.000 Milliarden Dollar. Das überstieg die Wirtschaftsleistung aller Menschen auf dem Globus. Zu den größten Anbietern der Pleitepapiere gehörte der US-Versicherungsriese AIG. Im großen Stil mitgezockt hatte die US-Investmentbank Lehman Brothers.

Die Legende vom toten Esel⁶⁶

Josef ging zum Bauern und kaufte einen Esel für 100 Taler. Er vereinbarte, den Esel am nächsten Tag abzuholen. Doch am folgenden Tag sagte der Bauer: „Tut mir leid, der Esel ist heute Nacht gestorben.“ – „Dann gib mir die 100 Taler zurück.“ Der Bauer schüttelte den Kopf. „Die habe ich leider schon ausgegeben.“ Da kam dem Josef eine Idee. Er ließ sich den toten Esel geben. „Was hast Du vor?“, fragte der Bauer. „Ich werde den Esel verlosen“, antwortete Josef. Da lachte der Bauer. „Wer ist denn so blöd und will einen toten Esel?“ – „Lass mich nur machen“, entgegnete Josef und zog von dannen.

Einen Monat später treffen sich die beiden wieder. „Na, wie ist Deine Verlosung gelaufen?“ Josef grinste. „Prima. Ich habe 500 Lose zu zwei Taler das Stück verkauft, also 1.000 Taler eingenommen.“ Der Bauer runzelte die Stirn. „Ja, hat sich denn niemand beschwert?“ – „Doch“, schmunzelte Josef. „Der Bursche, der gewonnen hat. Dem hab ich seine zwei Taler einfach zurückgegeben...“

2.4 Deregulierung

Neoliberale Politik wurde besonders unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher entwickelt und praktiziert. Das Kapital nutzte die wachsenden Spielräume – und drückte mehr denn je auf die Politikgestaltung der Regierungen. So konnte sich der finanzindustrielle Komplex ab den 1980er Jahren weitgehend ungehindert von Gesetzen und staatlicher Aufsicht immer weiter ausbreiten, wie Lothar Kampf von der Hans-Böckler-Stiftung feststellt.⁶⁷

Beispiel USA. Der amerikanische Senat verabschiedete am 15. Dezember 2000 ein folgenschweres Gesetz.⁶⁸ Es garantiert Investmentbanken und Hedgefonds, dass Credit Default Swaps jeglicher Aufsicht entzogen werden. Ein Freibrief für die „Zocker an der Wall Street“, nennt das Buchautor Ulrich Schäfer.⁶⁹

Beispiel Deutschland. Am 7. Juli 2003 beschloss der Bundestag ein Gesetz, das unter anderem den Handel mit Kreditpaketen von der Gewerbesteuer befreit.⁷⁰ Zum 1. Januar 2004 trat das „Investmentmodernisierungsgesetz“⁷¹ in Kraft – und legalisierte die umstrittenen Hedgefonds in Deutschland. Das Gesetz, schrieb das Bundesfinanzministerium, „eröffnete den direkten Zugang für deutsche Anleger zu diesem innovativen Produkt“. Später wird bekannt, dass eine Juristin des Lobbyvereins Bundesverband Investment und Asset Management e.V. (BVI) das Gesetz mitformuliert hatte.⁷² Die Dame besaß ihren eigenen Schreibtisch im Finanzministerium.

Auch die US-Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) zählte zu den Einflüsterern der rot-grüne Bundesregierung. Im Auftrag von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) erarbeitete BCG im Jahr 2003 ein Gutachten – mit Vorschlägen zu weiteren Finanzmarktreformen.⁷³ Titel: „Optimale staatliche Rahmenbedingungen für einen Kreditrisikomarkt/ Verbriefungsmarkt für Kreditforderungen und -risiken

in Deutschland“.⁷⁴ Später meldete das Bundesfinanzministerium Vollzug: „Zwischenzeitlich umgesetzt wurden jene rechtlichen Rahmenbedingungen, die von BCG als unerlässlich erachtet wurden.“⁷⁵

Jörg Asmussen war als Ministerialdirektor, später als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium einer der Architekten der Liberalisierung in Deutschland. Er schrieb 2006: Seinem Ministerium sei stets wichtig gewesen, „dass sich auch der Markt für Asset Backed Securities (ABS) in Deutschland stärker als bislang entwickelt.“⁷⁶ Zur Familie der ABS gehören die US-amerikanischen Mortgage Backed Securities. „Für andere EU-Mitgliedstaaten“ sei der ABS-Markt „mit seiner Dynamik und Vielseitigkeit zu einem prägenden Element geworden“, jubelte Asmussen 2006.⁷⁷ Er versprach: Das Bundesfinanzministerium werde darauf achten, dass den Banken „keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden“, wenn sie in ABS-Produkte mit gutem Rating investieren.⁷⁸

Keine zwei Jahre später stand fest, dass die undurchsichtigen ABS- und MBS-Papiere wesentlich zum weltweiten Crash des Finanzmarktes geführt haben. „Die Banken verpackten die Kredite so oft weiter, bis am Ende niemand mehr wusste, was eigentlich drin ist“, spottete die taz.⁷⁹

Halten wir also fest:
Deregulierung ermöglichte...

- ...dass unseriöse Makler Hypothekendarlehen an Millionen Menschen vermittelten, die weder ein Arbeitseinkommen noch sonstige Sicherheiten bieten konnten.
- ...dass sich ein Schattenbanken-System etablierte, deren Akteure Milliarden verdienten.

-
- ...dass Zwergstaaten und Industrieländer Steueroasen unterhalten.
 - ...dass Hedgefonds Leerverkäufe tätigen durften. Also hochspekulative Geschäfte mit Aktien, die ihnen gar nicht gehörten.
 - ...dass Investmentbanken undurchsichtige und gefährliche Finanzprodukte wie Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps entwickelten und verkauften.
 - ...dass privatwirtschaftliche Rating-Agenturen, die keiner staatlichen Kontrolle unterliegen, Prüfsiegel für Finanzprodukte wie CDOs und CDSs vergeben durften.
 - ...dass Banken durch millionenschwere Boni ein Geschäftsgebahren belohnen, dessen Ziel kurzfristige Profitmaximierung ist.

Deregulierung bedeutet grundsätzlich, den öffentlichen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen abzubauen. Was immer auch heißt: weniger demokratische Kontrolle. Dadurch erhöht sich der Spielraum, den spekulatives Kapital nutzen kann. Und die Gefahr eines Finanz-Crashes steigt.



2.5 Kritiker und Mahner blieben ungehört

Bereits 1994 warnte der US-Rechnungshof den amerikanischen Kongress vor den Derivaten. Der Zusammenbruch eines wichtigen Spielers könne die Geldversorgung erschweren und andere in Gefahr bringen.⁸⁰ Doch US-Zentralbankchef Alan Greenspan hielt dagegen: „Nichts spricht dafür, dass staatliche Regulierung per se besser sein soll als private Regulierung.“ Dass es am Derivatenmarkt zu eine Krise komme, sei „extrem unwahrscheinlich“, so Greenspan weiter.

Französische Globalisierungskritiker gründeten im Jahr 1998 die Organisation Attac, um eine demokratische Neuordnung des Finanzmarktes durchzusetzen.⁸¹ Schon der Name ist Programm. Attac, seit 2000 auch in Deutschland präsent, heißt übersetzt „Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger“.

Auch Gewerkschafter und fortschrittliche Wirtschaftsprofessoren erklärten immer wieder, dass von den ausufernden Kapitalströmen Gefahr ausgeht.⁸² Im August 2003 verlangte die Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. (WEED) „Kapital-Verkehrskontrollen“ und die „Regulierung des Derivatehandels.“⁸³ Am 1. Februar 2007 kritisierte Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) in der ZEIT die „gefährliche Ballung von Risiken der neuartigen Finanzinstitute in New York und London“. Er schrieb von „Raubtierkapitalismus“ und geißelte die „grandiose Selbstbereicherung“ der Finanzmanager.⁸⁴ Harald Schumann und Christiane Grefe fassen zusammen: „Keine Finanzkrise wurde häufiger angekündigt als das Kreditdebakel von 2007.“⁸⁵

Quellen

- 6 Nicht zu verwechseln mit der US-amerikanischen billion; diese entspricht der deutschen Milliarde.
- 7 dazu und zum Folgenden: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2009, Kurzfassung, Seite 5
- 8 vgl. Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seite 84
- 9 Mitglieder sind u.a. Attac, terre des hommes, Misereor und die Schweizer Initiative Erklärung von Bern: www.taxjustice.net
- 10 http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=2&idart=2&client=1&changelang=2, 2.11.2009
- 11 http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=2&idart=2&client=1&changelang=2, 2.11.2009

-
- 12 <http://siteresources.worldbank.org/NEWS/Resources/Star-rep-full.pdf>, Seite 1, 2.11.2009
 - 13 John Kenneth Galbraith, *The Great Crash 1929*, New York 1962; vgl. Max Otte, *Der Crash kommt*, 6. Auflage, Berlin 2008, Seite 48 und Seite 132
 - 14 zum Folgenden: John F. Jungclaussen, Arne Storn, *Asche zu Asche*, DIE ZEIT, 8.1.2009, sowie:
http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601208&sid=a_YgmAk8g3nVo, 8.1.2009
 - 15 ergänzend dazu: Ulrich Schäfer, *Der Crash des Kapitalismus*, Frankfurt am Main, 2009, Seiten 178, 234
 - 16 Autor unbekannt
 - 17 zum Folgenden: A.Mühlauer, *Einfach schöner spenden*, Süddeutsche Zeitung, 7.5.2009
 - 18 <http://www.faz.net/s/Rub645F7F43865344D198A672E313F3D2C3/Doc~E3EC2A1EFDEFD4BCAA1F27C4114E4A565~ATpl~Ecomcommon~Scontent.html>, 7.10.2009
 - 19 Harald Schumann, Christiane Grefe, *Der globale Countdown*, Köln 2008, Seite 118
 - 20 http://www.deutsche-bank.de/presse/de/content/presse_informationen_2006_2919.htm, 6.10.2009
 - 21 http://www.bury.de/_pdf/CV-HMB_DE_2009.pdf, 6.10.2009
 - 22 <http://www.speakers.co.uk/csaWeb/speaker,LOTSPA>,
<http://www.manager-magazin.de/koepfe/personalien/0,2828,448429,00.html>, 6.10.2009
 - 23 <http://www.mayerbrown.com/lawyers/profile.asp?hubbardid=M480617703>, 6.10.2009
 - 24 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/375/344215/text/>, 6.10.2009
 - 25 <http://www.manager-magazin.de/koepfe/personalien/0,2828,402443,00.html>, 6.10.2009
 - 26 <http://www.ifk-cfs.de/index.php?id=120>, 27.10.2009
 - 27 <http://www.speakers.co.uk/csaWeb/speaker,596>, 6.10.2009
 - 28 zum Folgenden:
<http://www.manager-magazin.de/koepfe/artikel/0,2828,531601,00.html>, 6.10.2009

-
- 29 <http://www.guardian.co.uk/politics/2009/feb/11/kenneth-clarke-centaurus-capital>, 6.10.2009; vgl: http://fsi.stanford.edu/events/america_and_europe_after_bush/ 5.11.2009
- 30 <http://www.reuters.com/article/fundsFundsNews/idUSN3046902620070830>, 6.10.2009
- 31 <http://www.blmpartners.com/index.php?cat=4>, 24.11.2009
- 32 <http://www.blmpartners.com/index.php?cat=4>, 24.11.2009
- 33 <http://www.blmpartners.com/index.php?cat=4>, 24.11.2009
- 34 <http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:ex-bahnchef-mehdorn-kommt-bei-morgan-stanley-unter/50014747.html>, 6.10.2009
- 35 dazu und zum Folgenden:
<http://www2.goldmansachs.com/our-firm/investors/financials/current/annual-financial-highlights/2008-annual-report-highlights.pdf>, 17.10.2009
- 36 Heike Buchter, Weltmacht mit Drehtür, DIE ZEIT, 2.7.2009
- 37 siehe auch: <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Die-beunruhigende-Macht-von-Goldman-Sachs/story/24344765>, 4.11.2009
- 38 <http://www2.goldmansachs.com/our-firm/investors/financials/current/annual-financial-highlights/2008-annual-report-highlights.pdf>, 5.11.2009
- 39 Heike Buchter, Weltmacht mit Drehtür, DIE ZEIT, 2.7.2009
- 40 zitiert nach: Heike Buchter, Weltmacht mit Drehtür, DIE ZEIT, 2.7.2009
- 41 Heike Buchter, Weltmacht mit Drehtür, DIE ZEIT, 2.7.2009
- 42 <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,215575,00.html>, 17.10.2009
- 43 http://www.db.com/lexikon/lexikon_de/content/index_718.htm, 4.11.2009
- 44 zum Folgenden: Gablers Wirtschaftslexikon, L-O, 17. Auflage, Wiesbaden 2010, Seite 1909
- 45 Handelsblatt-Wirtschaftslexikon, Band 05, Stuttgart 2006, Seite 2721
- 46 vgl. Hans-Werner Sinn, Kasino-Kapitalismus – Wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist, Berlin 2009, Seite 147f und Seite 69
- 47 dazu und zum Folgenden: Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böckler-Stiftung, September 2009, Folie 80

-
- 48 dazu und zum Folgenden: Christina Rathmann, Wie Conduits aus der Bilanz gehalten werden, Börsen-Zeitung, 30.8.2007
- 49 Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seite 113
- 50 dazu und zum Folgenden vgl.
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/credit-rating.html>, 2.11.2009
- 51 Handelsblatt-Wirtschaftslexikon, Band 03, Stuttgart 2006, S.1222ff
- 52 Glossar zu: Helmut Schmidt, Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten!, DIE ZEIT, 1.2.2007
- 53 Glossar zu: Helmut Schmidt, Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten!, Glossar, DIE ZEIT, 1.2.2007
- 54 dazu und zum Folgenden: Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 154f
- 55 vgl. Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seite 98
- 56 vgl. Kerstin Kohlenberg, Wolfgang Uchatius, Wo ist das Geld geblieben ?, DIE ZEIT, 27.11.2008
- 57 <http://www.fazfinance.net/Aktuell/Wirtschaft-und-Konjunktur/Ackermann-beiden-Genossen-8332.html>, 2.11.2009
- 58 Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 155
- 59 Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seite 104
- 60 Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seite 104
- 61 zitiert nach: Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seite 101
- 62 zum Folgenden: Michael Houben, Die Kreditversicherungsfalle, Begleittext zum gleichnamigen Fernsehbeitrag im ARD-Wirtschaftsmagazin Plusminus, gesendet am 7.10.2008; siehe auch: http://www.raiffeisen.at/eBusiness/services/resources/media/1023296711504-1025308884300_1027623427364_1027623627472-146356432382379539-1-NA-DE.pdf, 25.11.2009
- 63 Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 189

-
- 64 dazu und zum Folgenden: Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 194
- 65 zitiert nach: Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 194
- 66 Autor: unbekannt. Erzählt nach einer Geschichte auf www.nachdenkenseiten.de
- 67 Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böckler-Stiftung, September 2009, Folie 8
- 68 http://www.raiffeisen.at/eBusiness/services/resources/media/1023296711504-1025308884300_1027623427364_1027623627472-146356432382379539-1-NA-DE.pdf, Seite 4, 25.11.2009
- 69 Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 201
- 70 zum Folgenden: Bundesministerium der Finanzen, Das Ziel fest im Blick: Konsequente Schritte in eine erfolgreiche Zukunft für den Finanzmarkt Deutschland in Europa, Übersicht auf www.bundesfinanzministerium.de, 13.1.2009
- 71 http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4328/DE/BMF__Startseite/Service/Downloads/Downloads__4/23717__0,templateId=raw,property=publicationFile.pdf, 9.10.2009
- 72 dazu und zum Folgenden: Sascha Adamek, Kim Otto, Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Köln 2008, Seiten 90-95
- 73 http://www.finanzbuchverlag.de/mediafiles/uploads/fbv/dill-raubzug/4_Geldempaenger_III/Asmussen.pdf, 9.10.2009
- 74 The Boston Consulting Group GmbH, Optimale staatliche Rahmenbedingungen für einen Kreditrisikomarkt/ Verbriefungsmarkt für Kreditforderungen und -risiken in Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Projektnummer 16/03, 30. Januar 2004
- 75 http://www.finanzbuchverlag.de/mediafiles/uploads/fbv/dill-raubzug/4_Geldempaenger_III/Asmussen.pdf, 9.10.2009
- 76 http://www.finanzbuchverlag.de/mediafiles/uploads/fbv/dill-raubzug/4_Geldempaenger_III/Asmussen.pdf, 9.10.2009
- 77 http://www.finanzbuchverlag.de/mediafiles/uploads/fbv/dill-raubzug/4_Geldempaenger_III/Asmussen.pdf, 9.10.2009
- 78 http://www.finanzbuchverlag.de/mediafiles/uploads/fbv/dill-raubzug/4_Geldempaenger_III/Asmussen.pdf, 9.10.2009

-
- 79 Sebastian Heiser, Als die Grünen die Heuschrecken fütterten, taz.de, 5.9.2009
- 80 dazu und zum Folgenden: Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 200f
- 81 http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/bundesebene/attac-strukturen/Attac_Einfuehrung.pdf, 4.11.2009
- 82 siehe etwa: http://www.boeckler.de/169_21751.html, 9.10.2009
- 83 <http://www.weed-online.org/themen/finanzen/17819.html>, 9.10.2009
- 84 Helmut Schmidt, Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten!, DIE ZEIT, 1.2.2007
- 85 Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln, 2008, Seite 120



3. Die Blase platzt

3.1 Der Immobilienboom in den USA

Eleanor, Hausfrau und Mutter, hat keine Ahnung von Immobilien. Trotzdem erwirbt die US-Amerikanerin einen betagten Bungalow, lässt Fussböden, Bad und Toilette erneuern – und verkauft das Haus anschließend mit einem Gewinn von 54.000 Dollar. Diese Geschichte erzählte SPIEGEL-Online im Jahr 2005.⁸⁶ Es geht um das so genannte Flipping – den rasche An- und Verkauf von Gebäuden zu Spekulationszwecken. Flipping sei in den USA „längst zum beliebten Volkssport geworden“, schrieb die Onlineausgabe des Nachrichtenmagazins. „So beliebt, dass das inzwischen drei TV-Reality-Shows ausnutzen.“ Die Sendungen „Flip This House“, „Flip That House“ und „Property Ladder“ führten den Menschen vor, wie schnell sie Profit machen können.⁸⁷

Hypothekenzinsen, so tief wie nie zuvor, hatten in den USA einen gewaltigen Immobilienboom ermöglicht. Zunächst schien die Rechnung aufzugehen. Denn über Jahre erhöhte sich der Wert der Häuser. Immer neue Siedlungen entstanden – in Florida, in Kalifornien, in Ohio. Und die Hypothekenbanken reichten die Kredite sofort weiter – und säuberten somit ihre Bilanzen von den risikobehafteten Darlehensverträgen. Auch die Deutsche Bank, an der Wall Street mit großer Niederlassung vertreten⁸⁸, beteiligte sich an diesem Geschäft.⁸⁹ Die Investmentbanken fabrizierten aus den Darlehen ihre neuen Finanzprodukte, vor allem CDOs. Und beglückten damit die halbe Welt. Bis die Immobilienpreise in den USA ab dem Jahr 2006 fielen. Bis das Kartenhaus zusammenbrach.

3.2 Was dann geschah – eine Chronologie⁹⁰

Februar 2007: Die britische HSBC, drittgrößte Bank der Welt, muss wegen der US-Hypothekenkrise mehrere Milliarden Dollar als Risikopolster zurücklegen.

April 2007: Die US-Hypothekenbank New Century Financial geht pleite.

Juni 2007: Zwei Hedgefonds der US-Investmentbank Bear Stearns geraten in Not. Sie hatten am amerikanischen Immobilienmarkt spekuliert.

Juli 2007: Die Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB bricht zusammen. Sie zockte mit CDOs, die ihr unter anderem von der Deutschen Bank untergejubelt wurden.⁹¹ Größter Eigentümer der IKB ist die öffentlich-rechtliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

August 2007: Die Sächsische Landesbank gerät ins Schlingern. Der Freistaat Sachsen ist gezwungen, mit einer Bürgschaft über 17,3 Milliarden Euro einzuspringen. Anschließend Notverkauf der Sachsen LB an die Landesbank Baden-Württemberg.

August 2007: Der so genannte Interbankenmarkt, auf dem sich die Banken untereinander kurzfristig Geld leihen, stockt. Die Europäische Zentralbank pumpt 95 Milliarden Euro in den Markt, um den Geldfluss von Bank zu Bank wieder in Gang zu bringen.

September 2007: Die britische Hypothekenbank Northern Rock kollabiert – und wird verstaatlicht.

Januar 2008: Jérôme Kerviel, Derivatehändler bei der Pariser Großbank Société Générale, verzockt sich. Schaden für die Bank: über 6,3 Milliarden Euro.

Februar 2008: Werner Schmidt, Chef der Bayerischen Landesbank, tritt zurück. Die Landesbank muss einräumen, vier Milliarden Euro in hochriskante Subprime-Papiere investiert zu haben.

März 2008: Die US-Investmentbank Bear Stearns bricht zusammen. Übernahme durch die US-Bank JP Morgan Chase.

September 2008: Die Hypo Real Estate (HRE), ein großer deutscher Immobilienfinanzierer, ist in Not. Die amerikanischen Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac werden vom Staat übernommen. Die US-Investmentbank Lehman Brothers geht in Konkurs. Hedgefonds hatten mit Leerverkäufen darauf gewettet, dass der Lehman-Aktienkurs fällt – und so die Pleite mit herbeigeführt.⁹²

3.3 Wie Regierungen und Internationaler Währungsfonds versuchen, die Finanzkrise zu bekämpfen

Nach dem Kollaps von Lehman Brothers ist klar: Die Finanzkrise bedroht nahezu die gesamte Weltwirtschaft. Da Banken gewaltige Verluste erlitten, können sie kaum noch Kredite vergeben. Vielen Unternehmen fehlen damit die Mittel, um zu investieren. Vor allem Firmen, die Maschinen und Anlagen produzieren, melden drastische Auftragsrückgänge. In den USA bricht der auf Pump finanzierte Konsum, ermöglicht durch den Immobilienboom, zusammen. Was die Konsumgüterindustrie, etwa in China, zu spüren bekommt. Auch in Deutschland bricht die Nachfrage dramatisch ein. Es kommt zu Mas-

senentlassungen in den USA, in Asien, in Europa. Regierungen und internationale Organisationen stemmen sich dem drohenden Crash entgegen.

Der US-Kongress stellt im September 2008, nach anfänglichem Widerstand, 700 Milliarden Dollar bereit, um notleidende Banken zu unterstützen.⁹³ Der taumelnde Versicherungsriese AIG wird zu 80 Prozent verstaatlicht. Hinzu kommt ein Konjunkturpaket mit einem Umfang von 789 Milliarden Dollar.⁹⁴

In Deutschland erklärt die Bundesregierung, den Banken mit 550 Milliarden Euro beizuspringen („Schutzschirm“).⁹⁵ Dazu gründet sie im Oktober 2008 den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin).⁹⁶ Im Juli 2009 tritt zudem das so genannte Bad-Bank-Gesetz in Kraft.⁹⁷ Es erlaubt den Banken, ihre toxischen Papiere an Zweckgesellschaften („Bad Banks“) zu übertragen. Die Risiken aus diesen Papieren trägt dann – der Steuerzahler.

Die Große Koalition rettet zudem die schwer angeschlagene Hypo Real Estate (HRE). Zug um Zug übernimmt der staatliche Sonderfonds SoFFin alle HRE-Anteile.⁹⁸ Bis November 2009 erhält die Hypo Real Estate Finanzhilfen von über 100 Milliarden Euro.⁹⁹ Zudem legt die Bundesregierung zwei Konjunkturpakete auf. Volumen: 80 Milliarden Euro.¹⁰⁰ Der Staat finanziert unter anderem eine Abwrackprämie für Altautos (5 Milliarden Euro). Steuergelder fließen auch, um Schulgebäude, Kindergärten, Krankenhäuser und Straßen zu sanieren (10 Milliarden Euro).¹⁰¹

Damit die Arbeitslosigkeit nicht explodiert, verlängert die Bundesregierung die Regelungen für Kurzarbeit. Statt sechs Monate dürfen Unternehmen nun bis zu 24 Monate lang Kurzarbeit fahren. Ein sinnvoller Rettungsanker, der viele Hunderttausend Menschen bislang vor

der Arbeitslosigkeit bewahrte. Doch die Bundesagentur für Arbeit kostet dies Milliarden.¹⁰²

Als Folge der Krise entscheiden Investoren aus den wohlhabenden Staaten, ihr Geld aus Schwellenländern und der Dritten Welt abzuziehen. Dadurch gerät deren Wirtschaft enorm unter Druck. Um einen Zusammenbruch zu verhindern, stellt der Internationale Währungsfonds (IWF) im Jahr 2008 massiv Kredite zur Verfügung.¹⁰³ Mexiko erhält 47 Milliarden Euro. Polen: 20,5 Milliarden Euro. Ukraine: 16,4 Milliarden Euro. Pakistan: 7,7 Milliarden Euro. IWF-Gelder fließen auch nach Island, Lettland und Weißrussland. IWF und Banken zwingen diese Länder nun, ihre öffentlichen Haushalte zusammenzustreichen. Lettland etwa musste seinen Gläubigern versprechen, neben Krankenhäusern auch 100 Schulen zu schließen.¹⁰⁴

Quellen

- 86 Marc Pitzke, Rein fiktiver Reichtum, Spiegel-Online, 29.8.2005.
- 87 Marc Pitzke, Rein fiktiver Reichtum, Spiegel-Online, 29.8.2005.
- 88 <http://tools.deutsche-bank.de/cc/locationsfinder/en/welcome2.do?country=USA>, 4.11.2009
- 89 ausführlich dazu: Kerstin Kohlenberg, Acht Häuser für Lakeisha, Die Zeit, 14.2.2008
- 90 Jörg Stroisch, Henrik Jeimke-Karge, Mario Brück, Michael Detering, Chronik Finanzkrise: Vom Immobilienboom zum Börsen-Crash, Online-Ausgabe der Wirtschaftswoche, 4.5.2009, sowie: Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009
- 91 vgl. Harald Schumann, Christiane Grefe, Der globale Countdown, Köln 2008, Seiten 106, 109 und 110
- 92 vgl. <http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:naked-short-selling-der-grosse-kampf-gegen-leerverkaeufer/545793.html>, 2.11.2009
- 93 Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böckler-Stiftung, September 2009, Folie 201

-
- 94 Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böckler-Stiftung, September 2009, Folie 240
- 95 Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böckler-Stiftung, September 2009, Folie 198
- 96 <http://www.soffin.de/>, 6.11.2009
- 97 <http://www.soffin.de/>, 6.11.2009
- 98 http://www.soffin.de/presse_archiv_14.10.09.php, 6.11.2009
- 99 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,659359,00.html>, 6.11.2009
- 100 http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2009/01/2009-01-14-regierungserklaerung-merkel-konjunkturpaket.html, 6.11.2009
- 101 Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böckler-Stiftung, September 2009, Folien 242f
- 102 <http://www.ftd.de/politik/deutschland/:arbeitsmarktstudie-kurzarbeit-zahlt-sich-fuer-betriebe-aus/554602.html>, 2.11.2009
- 103 Lothar Kamp, Finanzkrise – Ursachen, Wirkungen, Rettungspakete und Regulierung – Langfassung, Foliensatz, Hans-Böcklerstiftung, September 2009, Folien 190
- 104 <http://derstandard.at/1259282626231/Streit-mit-IWF-droht-Urteil-bremst-Lettlands-Sparkurs>, 28.12.2009; vgl. http://www.gute-arbeit-weltweit.de/index.php?option=com_content&task=view&id=357&Itemid=138, 28.12.2009

4. Die Folgen der Finanzkrise

4.1 Weltweit

Berlín, eine Gemeinde im mittelamerikanischen El Salvador. Ana Ibarra steuert den Lieferwagen durch das Wohnviertel. Dann stoppt sie. Zwei Kolleginnen springen ab und hieven Müllsäcke, die am Straßenrand bereitstehen, auf die offene Ladefläche. „Da sind Alu-Dosen drin“, sagt Ana Ibarra. „Das war eine sichere Einnahmequelle.“ Doch durch die Wirtschaftskrise seien die Preise für Aluminium in den Keller rauscht, erzählt die Frau. Um bis zu 70 Prozent. Nun lohne sich die Arbeit kaum noch.

Den Fall Ana Ibarra notierten die Mitarbeiter des Kinderhilfswerks terre des hommes.¹⁰⁵ Er zeigt: Die Folgen der Finanzkrise, verursacht durch Deregulierung und die weltweiten gewaltigen Kapitalüberschüsse, treffen die armen Länder in besonderem Maße. Das bestätigt eine Studie, die das World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen im Juni 2009 veröffentlicht.¹⁰⁶ Überschrift: „Finanzkrise verstärkt Hunger in Entwicklungsländern“. Die WFP-Experten berichten in der Studie beispielhaft aus fünf Ländern:

In Bangladesch gehen die Exporte von Textilien und Fisch zurück. Weil die Industrieländer ihre Nachfrage drosselten. Gleichzeitig sanken die Überweisungen von bangladesischen Frauen und Männern, die bislang im Ausland arbeiteten. Sie werden zu Tausenden zurückgeschickt. „Die Rate der schweren chronischen Unterernährung liegt aktuell bei 20 Prozent“, so das WFP zur Lage in dem muslimischen Land.

UN-Organisationen: „Wirtschaftskrise ist schwerer Schlag für die Hungernden“

Die jetzige Lage unterscheide sich... „von früheren Krisen darin, dass die Entwicklungsländer sowohl finanziell als auch wirtschaftlich stärker in das System der Weltwirtschaft integriert sind als vor 20 Jahren, wodurch sie anfälliger für die Veränderungen auf internationalen Märkten sind.“

(FAO, also die Food and Agriculture Organization der UN, und WFP in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 14.10.2009)¹⁰⁷

In Sambia fiel der Preis für Kupfer, dem Hauptexportgut. Im einheimischen Kupferbergbau seien „geschätzte 8.000 Arbeitsplätze“ gestrichen worden. Diebstahl und Prostitution nehmen zu.

Auch Armenien leidet darunter, dass Arbeiter im Ausland drastisch weniger in ihre Heimat überweisen. Grund: Weniger Jobs, vor allem auf den Baustellen in Russland und den Ländern Europas. „WFP zeigt sich besorgt über das Risiko von Nahrungsmangel“, heißt es in der Studie.

Ghana und Nicaragua sind laut WFP-Untersuchung ebenfalls massiv betroffen. Andere Staaten hingegen kommen glimpflich davon. Etwa Brasilien. Der Zusammenbruch einer brasilianischen Großbank sei „nicht zu erwarten“, berichtet im Dezember 2008 Jochen Steinhilber, der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in dem südamerikanischen Schwellenland.¹⁰⁸ Grund: „Der Bankensektor und der Kreditmarkt sind stärker durch nationale Institute geprägt“, so Steinhilber. „Brasilianische Banken haben nur geringe Verbindlichkeiten im Ausland“. Zudem spielen in Brasilien öffentliche Banken eine große Rolle. „Nur 30 Prozent der Bankeinlagen sind in ausländischem Besitz“, berichtet der FES-Experte. In Mexiko seien es 80 Prozent.

Die Finanzkrise ist ein Grund dafür, dass der Hunger in der Welt zunimmt. Derzeit haben 1,02 Milliarden Menschen nicht ausreichend Nahrung, berichten die UN-Organisationen FAO und WFP im Oktober 2009.¹⁰⁹

4.2 In Deutschland

„Unser Land durchlebt die schwerste Wirtschaftskrise seit seiner Gründung vor 60 Jahren.“ Deutliche Worte, zu lesen im „Brot-und-Butter-Brief“, herausgegeben im Juli 2009 vom damaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD).¹¹⁰ Das Steinbrück-Ministerium lieferte beängstigende Zahlen:

- Die reale Wirtschaftsleistung sinkt im Jahr 2009 um geschätzte sechs Prozent. Später korrigieren Experten diese Zahl – ein Rückgang von 3,8 Prozent wird nun erwartet.
- Die Exporte gehen allein von November 2008 bis Februar 2009 um mehr als 20 Prozent zurück.
- Die Arbeitslosenzahl steigt von 3,2 Millionen in 2008 auf voraussichtlich über 4,6 Millionen in 2010.
- Bund, Länder und Gemeinden rechnen bis zum Jahr 2013 mit Steuerausfällen, die um 316 Milliarden Euro höher liegen als noch im Mai 2008 geschätzt.
- Die Staatsverschuldung steigt von 1.600 Milliarden Euro in 2008 auf voraussichtlich 1.900 Milliarden Euro in 2010. Zur Freude der Banken – sie verdienen gut, wenn der Staat sich auf den internationalen Finanzmärkten Geld beschafft.¹¹¹

Wie im Krieg

„Der Staat...verschuldet sich in einer Weise, die es – außer in Kriegszeiten – noch nie gegeben hat.“

(Ulrich Schäfer, „Der Crash des Kapitalismus“)¹¹²

Die Finanzkrise trifft vor allem Städte und Gemeinden „mit voller Wucht“. So Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD).¹¹³ Denn die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der wichtigsten Einnahmequelle, gehen in 2009 dramatisch zurück. Ein Minus von 25 Prozent allein im zweiten Quartal 2009, errechnete die Deutsche Bundesbank.¹¹⁴ Gleichzeitig müssen die Kommunen immer höhere Sozialausgaben stemmen, verursacht durch den rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

„In Deutschland wächst die Kluft zwischen Kindern, die gesund, abgesichert und gefördert aufwachsen, und solchen, deren Alltag durch Hoffnungslosigkeit, Mangel und Ausgrenzung geprägt ist... Bei 15 Prozent der Kinder im Alter von drei bis 17 Jahren gibt es Hinweise auf Verhaltensauffälligkeiten und emotionale Probleme“.

(Kinderhilfswerk Unicef, Pressemitteilung vom 26.5.2008)¹¹⁵

Zum Glück fließt Geld aus den Konjunkturpaketen der Bundesregierung. Die Kämmerer in den Rathäusern erwarten deshalb, dass die kommunalen Einnahmen in 2009 allenfalls leicht zurückgehen. Doch was geschieht danach?

Vielen Kommunen ging es bereits vor dem Crash finanziell schlecht. Zahlreiche Städte, etwa im Ruhrgebiet oder in Ostdeutschland, sind seit Jahren gezwungen, Kredite aufzunehmen – weil sie anders nicht

einmal ihre laufenden Ausgaben finanzieren können. Zudem beklagt der Städtetag seit Jahren einen „erheblichen Investitionsstau“.¹¹⁶

„Noch redet kaum jemand öffentlich davon, aber es naht eine zweite große Privatisierungswelle in Ländern und Gemeinden.“

(Götz Hamann in DIE ZEIT, 8.10.2009)¹¹⁷

Als wäre dies nicht genug, lädt die neue schwarz-gelbe Bundesregierung nun den gepeinigten Städten und Kreisen weitere Lasten auf. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz sorgt für weitere Steuerausfälle. Gerd Landsberg vom Deutschen Städte- und Gemeindebund spricht von zusätzlich 1,6 Milliarden Euro, die den Kommunen jährlich fehlen.¹¹⁸ Deren Handlungsfähigkeit sei „stark gefährdet“, klagt Landsberg.

Dramatisch schlechte Aussichten – auch für das öffentliche Bildungswesen. Denn Städte und Kreise sind zuständig für die Kindertagesstätten, für die Trägerschaft der allgemein bildenden Schulen, für berufliche Bildung und die rund 500 Volkshochschulen.

Quellen

- 105 Athanasios Melissis, Des einen Müll, des anderen Schatz, in: die zeitung, terre des hommes Deutschland e.V., 3.Quartal 2009, Seite 6.
- 106 Finanzkrise verstärkt Hunger in Entwicklungsländern, Pressemitteilung des WFP, 10.6.2009, siehe auch: <http://one.wfp.org/german/?ModuleID=127&Key=695>, 19.10.2009
- 107 <http://one.wfp.org/german/?ModuleID=127&Key=695>, 19.10.2009
- 108 <http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/05949.pdf>, 27.10.2009
- 109 <http://one.wfp.org/german/?ModuleID=127&Key=695>, 19.10.2009

-
- 110 dazu und zum Folgenden: Bundesministerium der Finanzen, Pressedienst „Brot und Butter“, Nr.2/09 vom 14.7.2009
- 111 vgl. Heike Buchter, Weltmacht mit Drehtür, Die Zeit, 2.7.2009
- 112 Ulrich Schäfer, Der Crash des Kapitalismus, Frankfurt am Main, 2009, Seite 216
- 113 dazu und zum Folgenden: Deutscher Städtetag, Mitteilungen, 4/2009
- 114 http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2009/200910mb_bbk.pdf, Seite 8, 27.10.2009
- 115 <http://www.unicef.de/index.php?id=5495>, 28.10.2009
- 116 vgl. <http://www.staedtetag-nrw.de/stnrw/inter/presse/mitteilungen/002915/index.html>, 25.11.2009
- 117 Götz Hamann, Krisengewinner, DIE ZEIT, 8.10.2009
- 118 http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/landsberg_die_handlungsfahigkeit_der_kommunen_ist_stark_gefährdet/index.html, 29.12.2009

5. Der Privatisierungsdruck nimmt zu

Halten wir fest: Der Beinah-Zusammenbruch der Weltwirtschaft und die schwarz-gelbe Bundesregierung sorgen für das weitere Ausbluten der öffentlichen Haushalte. Der Staat wird gezwungen, seine Dienstleistungen weiter einzuschränken oder zu streichen. Das ermöglicht den Privaten, sich als Retter in der Not anzudienen. Nur sie, so die Botschaft, hätten das Geld und das Know-How, um dem Staat aus der Patsche zu helfen.

Dies verkünden private Stiftungen, private Unternehmen und ihre Helfershelfer – auf Kongressen, in Talkshows, im Duett mit neoliberalen Politikern. Sie sprechen von „Zivilgesellschaft stärken“. Von „Bürgerschaftlichem Engagement“. Von Unternehmen als „Partner“ der Schulen. Sie plädieren dafür, dass öffentliche Einrichtungen mit Privaten kooperieren. Auch im Bildungswesen. Sie machen sich dafür stark, öffentliche Einrichtungen nach dem Vorbild von privaten Unternehmen umzubauen. Das Ergebnis sind neoliberale Reformprojekte wie „Autonome Hochschule“ und „Selbständige Schule“.¹¹⁹

Auf diese Weise erobern Organisationsformen und Denkmuster aus der Privatwirtschaft schrittweise den öffentlichen Sektor. Ist dies gelungen, so fehlt nur ein kleiner Schritt bis zur vollständigen Privatisierung. Und schon dringt Kapital in gesellschaftliche Bereiche, die bislang verschlossen waren. Wie wirtschaftsnahe Akteure diese Politik aktuell im Bildungsbereich organisieren, zeigen die folgenden Beispiele.

Eine Aktiengesellschaft profitiert von der Not der Kommunen – Ein Beispiel aus dem Gesundheitswesen

Die Rhön-Klinikum AG, einer der drei großen privaten Krankenhauskonzerne Deutschlands, verkündete am 24. Mai 2009: „Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Privatisierungswelle ab 2010 bereitet der Vorstand eine Kapitalerhöhung vor.“ Etwa 500 Millionen Euro will Rhön-Klinikum von seinen Aktionären einsammeln, um weitere öffentliche Krankenhäuser kaufen zu können. „Angesichts einer Rezession...werden die Kommunen und Länder ihrem medizinischen Versorgungsauftrag nicht mehr ausreichend nachkommen können.“ Und weiter: „In der letzten Rezession 2002/03 hat uns deshalb die öffentliche Hand fast 20 Kliniken übertragen...“

(Pressemitteilung der Rhön-Klinikum AG vom 24. Mai 2009)¹²⁰

5.1 „Strategische Kooperationen“ zwischen Unternehmen und Schulen – ein Kongress in Berlin

Ein „hochkarätiger Ideen- und Kontaktpool“, „gut für’s Netzwerken“ – so warben die Veranstalter für ihren Bildungskongress. Schon der Titel der zweitägigen Veranstaltung zeigt die politische Stoßrichtung: „Wirtschaft und Schule – Partner für die Zukunft“. Untertitel: „Strategische Kooperationen – von der Idee zur Umsetzung.“ 300 Vertreter aus Wirtschaft und Bildungsszene kamen am 16. und 17. November 2009 nach Berlin. Eingeladen hatte die Initiative Handelsblatt macht Schule, die unter anderem arbeitgebernahe Unterrichtsmaterialien produziert.¹²¹

Unternehmen und ihnen nahestehende Einrichtungen präsentierten sich zwei Tage lang als Ideengeber für Bildungsfragen. Kritische Positionen blieben außen vor – Gewerkschaftsvertreter waren laut Pro-

gramm nicht geladen. Stattdessen traten auf:¹²² Die Deutsche Telekom-Stiftung und das von Arbeitgeberverbänden finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Ebenso die Bundesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft, eng mit dem IW verwoben.¹²³ Ferner Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU), der Chemiekonzern BASF und der Energieriese E.ON. Man diskutierte über „Bildung und die

Wie Unternehmen als mögliche „Partner“ des Handelsblatt-Kongresses umworben werden

„Sie ... können die Sichtweisen ... Ihres Unternehmens/Ihrer Organisation in den Gestaltungsprozess einbringen.“

(Werbebroschüre der Veranstalter)¹²⁴

Wirtschaftskrise – Was verändert sich für die Partnerschaft von Wirtschaft und Schule?¹²⁵ Thema außerdem: „Partnerschaftskonflikte von Wirtschaft und Schule und ihre Lösung“. Auf dem Programm stand ferner: „Strukturelle und inhaltliche Verbesserungen in der Lehrkräfteausbildung“.¹²⁶

Thilo Sarazzin, derzeit Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, sprach ebenso wie der wegen Steuerhinterziehung vorbestrafte Schraubenunternehmer Reinhold Würth. Der Verein „Die jungen Unternehmer – BJU“ präsentierte sein Projekt „Schüler im Chefsessel“. Der private Hochschulbetreiber FOM warb für sein Bezahlstudium. Und der Handelsblatt-Verlag nutzte die Gelegenheit, um reichlich Werbung für seine Produkte zu platzieren („Das neue Business-Paket für den mobilen Entscheider“). Marktwirtschaft, wohin man schaute.

Selbst der Kongress wurde als Produkt vermarktet. Wer teilnahm, musste tief in die Tasche greifen – oder seinen Arbeitgeber zahlen lassen.

Für Wirtschaftsvertreter kostete die Teilnahme 645 Euro plus Mehrwertsteuer.¹²⁷ Wer für die öffentliche Hand arbeitet, zahlte 345 Euro plus Mehrwertsteuer.

5.2 Private Stiftungen zahlen Millionen zugunsten neuer Fakultät für Lehrerbildung

Das blaue Plakat kombiniert Che Guevaras Konterfei mit der herausgestreckten Zunge Albert Einsteins. Dazu der Slogan „Die Revolution in der Lehrerbildung!“.¹²⁸ Damit wirbt die School of Education, die neugegründete Fakultät für Lehrerbildung an der Technischen Universität München (TUM). Sie plant, „neuartige Lehrkonzepte“ und „innovative Projekte“ in der Ausbildung von Lehrkräften zu realisieren.¹²⁹ Klingt gut. Doch die neue Fakultät wurde nur möglich, weil eine Milliardärin tief in die Schatulle griff. Ihr Name: Susanne Klatten.

Die Quandt-Erbin (BMW, Altana, u.a.) mit einem Vermögen von geschätzten sieben Milliarden Euro¹³⁰ stellte 10 Millionen Euro über eine Stiftung bereit.¹³¹ Susanne Klatten sitzt im Hochschulrat der TUM. Weitere 1,7 Millionen Euro zahlte die Heinz-Nixdorf-Stiftung. Die Schöller-Stiftung („Schöller-Eis“)¹³² steuerte ebenfalls 1,7 Millionen Euro bei. 1,5 Millionen Euro kamen von der Deutsche-Telekom-Stiftung. Wer nicht die Gunst von Frau Klatten, von Unternehmen oder unternehmensnahen Stiftungen gewinnt, hat das Nachsehen. An den Hochschulen bundesweit herrscht Wettbewerb um private Spender – da gibt es Gewinner und Verlierer.

Der Großteil der gestifteten Mittel fließt laut TU München in „die Kombination von Lehrerausbildung und Bildungsforschung“.¹³³ Ziel sei, Schülerinnen und Schüler künftig durch „innovative Unterrichtsthemen und -formen“ frühzeitig für spätere Studieninhalte zu begeistern. Doch nicht etwa für Geistes- oder Sozialwissenschaften, für Jura

oder Medizin. Nein, vor allem um die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) geht es. Um Fächer also, für deren Ausbau sich Unternehmen so gerne aussprechen. Eingerichtet wird ein Susanne Klatten-Stiftungslehrstuhl für Empirische Bildungsforschung, ein Heinz-Nixdorf-Lehrstuhl für Didaktik der Mathematik sowie ein Friedl-Schöller-Stiftungslehrstuhl für Unterrichts- und Hochschulforschung. Insgesamt wirken 18 Professoren an der neuen Fakultät. Hinzu kommt ein Lehrstuhl für Wirtschaftsethik.

Wirtschaftsethik? Dazu könnte Susanne Klatten einiges beisteuern. Sie geriet unter öffentlichen Beschuss, als der Chemiekonzern Altana im 2006 seine Pharmasparte für 4,6 Milliarden Euro verkaufte.¹³⁴ Kleinaktionäre mussten die dafür gezahlte Sonderdividende versteuern. Nicht so Grossaktionärin Klatten. Sie umschiffte den Fiskus mittels einer zwischengeschalteten Kapitalgesellschaft, berichtete die FAZ in ihrer Online-Ausgabe.¹³⁵ Mehr als zwei Milliarden Euro, so die FAZ, habe die Quandt-Erbin bei diesem Deal kassiert – und lediglich auf fünf Prozent dieser Summe Steuern gezahlt.¹³⁶

5.3 „Einzigartige öffentlich-private Partnerschaft“ – das Bildungsprojekt „Lernen vor Ort“

Große Worte findet Frieder Meyer-Krahmer, Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, als er am 15. Oktober 2008 in Berlin das bundesweite Bildungsprojekt „Lernen vor Ort“ vorstellt.¹³⁷ Er spricht von „einzigartiger öffentlich-privater Partnerschaft aus Bund, Kommunen und Stiftungen“. Mit dabei in der Berliner Präsentationsrunde:¹³⁸ Gerhard Schreier von der Bertelsmann-Stiftung und Wilfried Lohre, einst bei der Bertelsmann-Stiftung zuständig für das Projekt Selbständige Schule. Lohre leitet nun die Geschäftsstelle von „Lernen vor Ort“ in Bonn.

„Lernen vor Ort“ will dafür sorgen, dass sich Kommunen bis 2012 zu „hervorragenden Bildungsstandorten“ entwickeln. Und zwar „von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung“. Klingt gut. Doch ausdrücklich dient das bundesweite Projekt auch dazu, private Bildungsanbieter zu stärken. Es gehe darum, so heißt es bei „Lernen vor Ort“, die „Zersplitterung und Unübersichtlichkeit der öffentlichen und privaten Bildungsangebote“ zu überwinden.¹³⁹ Zudem richtet sich „Lernen vor Ort“ lediglich an 40 Städte und Kreise, die eine Jury per Auswahlverfahren ermittelt hat.¹⁴⁰

Den Kommunen stehen gut 100 Stiftungen zur Seite, darunter das Who is who der unternehmensnahen Stiftungsszene:¹⁴¹ Bertelsmann-Stiftung, Deutsche-Bank-Stiftung, Vodafone-Stiftung, Alfried-Krupp-von-Bohlen-zu-Halbach-Stiftung, Deutsche BP-Stiftung und Eberhard-von-Kuenheim-Stiftung der BMW AG. Um nur einige zu nennen. Die Stiftungen geben kein Geld, sondern stellen „ihr Fachwissen und ihre Erfahrung im Management von erfolgreichen Bildungsprojekten“ zur Verfügung.¹⁴²

Der Startschuss für die kommunalen Vorhaben fiel am 1. September 2009. Der oberbayerische Landkreis Mühldorf am Inn, gefördert von der Roland-Berger-Stiftung, plant nun unter anderem, „Weiterbildungsinteressierte aus Handwerk, Gewerbe und sozialen Dienstleistungen“ zu fördern.¹⁴³ Die Stadt Leipzig errichtet unter anderem ein Bildungsinfobüro, das Professionalisierung, Qualifizierung und Marketing koordinieren soll.¹⁴⁴ In Freiburg im Breisgau trägt die Bertelsmann-Stiftung dazu bei, eine Stabsstelle für Bildungsmanagement einzurichten.¹⁴⁵ Diese Stelle soll dafür sorgen, dass bei Bildungsanbietern „Komplexität sinnvoll reduziert, Transparenz erreicht und effektive Strukturen geschaffen werden.“¹⁴⁶

Das Bundesbildungsministerium und der Europäische Sozialfonds finanzieren das Projekt mit 60 Millionen Euro.¹⁴⁷ Macht für jede beteiligte Kommune 1,5 Millionen Euro, verteilt über drei Jahre. Wer nicht zum Kreis der 40 Auserwählten zählt, der geht leer aus.

5.4 Public Private Partnership bei Schulgebäuden

Kein SPD-Abgeordneter stellte sich quer. Weder Peter Struck noch Edelgard Bulmahn. Auch nicht Ludwig Stiegler. Sie alle setzten ihren Namen unter den Antrag, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion von CDU/CSU am 18. März 2009 an den Deutschen Bundestag richtet.¹⁴⁸ Der Antrag lautet: „Faire Wettbewerbsbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften schaffen“. Die ÖPP-Projekte, auch Public Private Partnership (PPP) genannt, seien „heute in Deutschland ein allgemein anerkanntes und erfolgreiches Instrument öffentlicher Beschaffung und Leistungserstellung.“ Behaupten die Antragsteller. PPP sorgt angeblich für durchschnittlich 15 Prozent weniger Kosten, verglichen mit Vorhaben, die allein die öffentliche Hand realisiert. Deshalb wollen SPD und Union diese „Partnerschaften“ weiter vorantreiben – für den Bau und Betrieb von Schulgebäuden, Rathäusern, Krankenhäusern, Fernstraßen.

Allgemein anerkannt? Erfolgreich? Was ist mit der Kritik, die Gewerkschaften, fortschrittliche Wirtschaftsprofessoren und selbst der Bund der Steuerzahler formulierten?¹⁴⁹ Warum erinnert kein Sozialdemokrat an die Finanzdesaster, die PPP-Projekte in Frankfurt/Main, Köln, Lübeck, München oder in Großbritannien hinterließen?¹⁵⁰ Was ist mit den Rechnungshöfen des Bundes und der Länder, die bereits 2006 vor „langfristigen Risiken“ warnten?¹⁵¹

Darüber verlieren Sozialdemokraten und Unionschristen kein Wort. Stattdessen verweisen sie darauf, dass derzeit 116 PPP-Projekte in

Deutschland verwirklicht werden (Stand: Dezember 2008).¹⁵² Sie haben zusammen ein Investitionsvolumen von 3,5 Milliarden Euro. SPD und CDU stimmten denn auch am 19. März 2009 im Bundestag für den Antrag – ohne Diskussion.¹⁵³

Damit ist der Weg frei für einen PPP-Modellversuch. Bislang gilt: Wenn die öffentliche Hand Leistungen erbringt, so wird keine Umsatzsteuer fällig. Werden diese Leistungen hingegen im Rahmen von PPP bzw. ÖPP realisiert, greift der Fiskus zu. „Damit werden ÖPP...weniger attraktiv“, heißt es im PPP-Antrag. Nun soll der Staat klären, ob dieses „Umsatzsteuer-Mehraufkommen“ vom Steuerzahler erstattet werden kann. Dazu stellt der Bund über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zu 50 Millionen Euro bereit.

Die GEW erinnert daran, dass PPP-Vertragspartner häufig eine „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ vereinbaren. Dieses Fach-Chinesisch steht für das Recht der Baufirma oder der PPP-Trägersgesellschaft, ihre Mietforderungen an eine Bank zu verkaufen.¹⁵⁴ Die Baufirma oder die Trägersgesellschaft kassiert dann den Gesamtbetrag auf einen Schlag. Die Gemeinde ist nun verpflichtet, die Miete an die Bank zu zahlen. Der „Einredeverzicht“ wird in der Regel nach Fertigstellung des Bauwerks vereinbart.¹⁵⁵ Treten danach bauliche Mängel auf, so kann die Gemeinde die Baufirma in Regress nehmen – die Mietzahlungen fließen jedoch weiter an die Bank.

„Zum Einredevorzicht gehört auch, dass die Bank den Vertrag an andere Finanzinstitute weiterverkaufen kann. So werden aus Mietverträgen Finanzprodukte“.

(Werner Rügemeier, Publizist und PPP-Experte)¹⁵⁶

Auch Jörg Asmussen, der Liberalisierer aus dem Bundesfinanzministerium, unterstützt die PPP-Idee.¹⁵⁷ Er plädierte 2006 dafür, „die Verbriefung öffentlicher Forderungen zu beschleunigen.“ Dabei, so Asmussen, sei „auch an Private Public Partnerships zu denken“.

„Öffentliche Hand und privater Partner sind auf Jahre, sogar Jahrzehnte aneinander gebunden. Deshalb hat Konfliktvermeidung einen hohen Stellenwert, man kann da nicht kleinkariert über jedes Detail streiten.“

(Herbert Bodner, Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger Berger, über PPP-Projekte)¹⁵⁸

Die Linke im Bundestag protestierte im März 2009 gegen den PPP-Antrag der Groß-Koalitionäre.¹⁵⁹ Ziel dieser Politik sei, „staatliche Aufgaben vermehrt an private Unternehmen zu übertragen.“ Widerspruch kommt auch vom Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB).¹⁶⁰ Der Modellversuch sei eine „ungerechtfertigte Privilegierung von ÖPP“. Der Kommunalverband warnt vor „Bürokratiekosten“ und der „Manipulationsanfälligkeit“ des Erstattungssystems.

Auch Wolfgang Gerstlberger, BWL-Professor am Internationalen Hochschulinstitut Zittau, und Karsten Schneider von der Hans-Böckler-Stiftung üben Kritik.¹⁶¹ Private PPP-Partner, so eine Studie der bei-

den Autoren, arbeiten häufig mit „anderen Standards“: Entlohnung „unter den Tarifentgelten der öffentlichen Hand“. Arbeitsverdichtung. „Gebühren und Preise...werden erhöht“. „Die Qualität von Dienstleistungen... wird reduziert.“ Die Deutsche Bundesbank zeigt sich ebenfalls skeptisch: „Eine Vorteilhaftigkeit von ÖPP-Vereinbarungen kann nicht generell angenommen werden“.¹⁶²

Zweifel an den Verheißungen der PPP-Lobby äußert selbst die wirtschaftsnahe Zeitschrift Capital. Sie berichtete jüngst über neue Fernstraßen, die der Gesetzgeber per PPP bauen lassen will:¹⁶³ „Obwohl die Effizienz zweifelhaft ist, treibt ein kleiner Kreis aus Bauunternehmern, Politikern und Beratern und Bankern die Projekte voran.“

Besagter „kleiner Kreis“ ist inzwischen auch an öffentlichen Hochschulen gut verlinkt. An der Hochschule Bremerhaven besteht seit Anfang 2007 eine Stiftungsprofessur für PPP, samt dazugehörigem Institut.¹⁶⁴ Die Fachhochschule Mainz startet zum Sommersemester 2010 einen Master-Studiengang PPP, angesiedelt am Fachbereich Wirtschaft.¹⁶⁵ Die Studiengebühr beträgt 2.300 Euro pro Semester. Und an der Universität Weimar lehrt der PPP-Berater Hans Wilhelm Alfen, als Professor für Betriebswirtschaftslehre im Bauwesen.¹⁶⁶ Gleichzeitig betreibt der umtriebige Hochschullehrer die PPP-Agentur Alfen Consult GmbH.¹⁶⁷ Zuvor arbeitete er sieben Jahre lang beim Baukonzern Hochtief AG, zuständig für Projektentwicklung und Infrastruktur.

„Der Staat ist aktuell und auch künftig alleine nicht mehr in der Lage, den erheblichen Bedarf an öffentlicher Infrastruktur zu decken.“

(Michael Bürsch, SPD, MdB, zu PPP am 19. März 2009)¹⁶⁸

Hochtief (weltweit 66.642 Beschäftigte)¹⁶⁹ gilt als big player auf dem europäischen Markt für Public Private Partnership.¹⁷⁰ Ein Tochterunternehmen besitzt als „Infrastrukturinvestor und -betreiber“ Anteile an sechs Flughäfen und unterhält sieben Straßen. Zum Konzern gehört auch die Hochtief PPP Solutions GmbH. Sie baut, saniert, finanziert und betreibt zur Zeit:¹⁷¹

- Ein Berufsschulzentrum in Leverkusen (Auftragsvolumen: 69,6 Millionen Euro)
- Vier Schulen in Frankfurt/Main (248,7 Millionen Euro)
- Acht Schulen in Köln (252,8 Millionen Euro)
- 50 Schulen im Kreis Offenbach (410,2 Millionen Euro)

Der Kreis Offenbach realisierte auch das „Haus des Lebenslangen Lernens“ (HLL) in Dreieich bei Neu-Isenburg als PPP-Vorhaben.¹⁷² Eröffnet im Frühjahr 2009, gehören zum HLL eine Berufsschule, ein Abendgymnasium, eine Produktionsschule, mehrere Volkshochschulen, eine Internationale Schule, eine Musikschule sowie mehrere private Weiterbildungszentren. Ein Vorzeigeprojekt, ausgezeichnet im Wettbewerb „Deutschland – Land der Ideen“.¹⁷³ Hier „lernen Kinder neben Berufsanfängern, Profis, Volkshochschulern, Studenten und Rentnern“, loben die Betreiber.¹⁷⁴

Der Neubau mit Cafeteria und Sporthalle kostete 53,4 Millionen Euro, finanziert von einem Tochterunternehmen der Landesbank Hessen-Thüringen.¹⁷⁵ Um den Bau kümmerte sich die OFB Projektentwicklung GmbH, ebenfalls einer Tochter der hessischen Landesbank.¹⁷⁶ Nach der Fertigstellung mietete der Kreis den Campus für mindestens 29,5 Jahre zurück – und zahlt dafür 4,2 Millionen Euro Miete im Jahr.¹⁷⁷ Hätte der Kreis gebaut, wäre das Ganze 4,4 Millionen Euro teurer geworden, behauptet Landrat Peter Walter (CDU).

Das PPP-Projekt in Dreieich zeigt, wohin die Reise gehen könnte an deutschen Schulen. So denkt man etwa über eine Art Leihagentur für Lehrkräfte nach. „In Zukunft soll es so etwas wie einen Lehrerpool geben, auf dem sich alle Bildungsanbieter auf dem Campus bedienen können“, berichtet die Financial Times Deutschland (FTD).¹⁷⁸ Ferner ist das HLL bestrebt, zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften. Etwa durch das Vermieten von Räumen.¹⁷⁹ Die PC-Seminarräume kosten zwischen 120 und 160 Euro Miete am Tag. Wer die Aula mit 240 Sitzplätzen mieten will, zahlt für eine Stunde 140 Euro. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen groß geschrieben. So bestückte ein Schulmöbelhersteller laut FTD „nicht nur die Lounge im Lehrerzimmer, sondern auch Klassenzimmer – einer davon dient als Showroom für Neukunden“.¹⁸⁰ Im November 2009 eröffnete das HLL eine „neue Lernwelt“, gemeinsam mit dem Chiphersteller Intel und dem Softwareanbieter Adobe Systems.¹⁸¹

Und die Finanzkrise? Auf der PPP-Lobbytagung am 28. April 2009 in Frankfurt/Main klagte Heiko Stiepelmann vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie:¹⁸² „PPP leidet unter Eintrübung des Meinungsfeldes“. Derlei Projekte würden „im politischen Raum als privatisierungsnah diskreditiert.“ Noch gewichtiger ist jedoch, dass die Banken als Folge ihrer Zockerei große Verluste erlitten. Damit sinkt der Spielraum, um Finanzierungen für neue PPP-Vorhaben auf die Beine zu stellen.¹⁸³ Da traf es sich gut, dass auch Finanzstaatssekretär Werner Gatzert zu den Tagungsreferenten zählte. „Die Mittel des Konjunkturpaketes II“, stellte Gatzert klar, „sind für ÖPP grundsätzlich nutzbar.“¹⁸⁴ Also viel öffentliches Geld für PPP. Der Staatssekretär verwies zudem auf das öffentlich-private Unternehmen ÖPP Deutschland AG.¹⁸⁵ Gegründet im November 2008, gehören zu den Gesellschaftern neben vielen anderen die Oppenheim-Bank, die Hochtief PPP Solutions GmbH, Ingenieurbüros und mittelständische Baufirmen.¹⁸⁶ Zudem sind der Bund, das Land NRW und der Deutsche Städtetag als Gesell-

schafter vertreten. Die ÖPP Deutschland AG hat die Aufgabe, Hilfestellung bei Public-Private-Partnership-Vorhaben zu geben.

Und dann gilt weiterhin das Ziel der Bundesregierung, bei öffentlichen Bauvorhaben den PPP-Anteil drastisch zu erhöhen – von derzeit rund vier Prozent auf 15 Prozent.¹⁸⁷ Herbert Bodner, Vorstandsvorsitzender des Mannheimer Baukonzerns Bilfinger Berger (weltweit 60.900 Mitarbeiter), zeigt sich denn auch zuversichtlich.¹⁸⁸ Schon in Kürze werde die Nachfrage nach PPP wieder steigen. Und warum? Bodner weiß die Antwort. „Weil die Mittel der öffentlichen Hand sehr viel knapper sein werden.“

Quellen

- 119 siehe Privatisierungsreports Nr. 2 und 8 („Selbständige Schule“) sowie Nr. 6 („autonome Hochschule“)
- 120 zitiert nach: <http://www.teleboerse.de/1158813.html>, 7.10.2009, gefunden bei www.nachdenkseiten.de
- 121 http://www.handelsblattmachtschule.de/seiten/aktionen_kongress2009.php?na=4200, 27.10.2009; zu „Handelsblatt macht Schule“ siehe auch: Privatisierungsreport Nr.8, Seite 28f
- 122 http://www.handelsblatt.com/_p=316,_t=iframe_cn,frame_url=http://partner.vhb.de/euroforum/wirtschaft-schule, 27.10.2009
- 123 siehe Privatisierungsreport Nr.9
- 124 Broschüre „Potenziale fördern – in die Zukunft investieren“, Seite 2, zum Download unter: <http://www.handelsblattmachtschule.de/news/index.php>, 29.12.2009
- 125 http://www.handelsblatt.com/_p=316,_t=iframe_cn,frame_url=http://partner.vhb.de/euroforum/wirtschaft-schule, 27.10.2009, zu „Lernpartnerschaften“ zwischen Unternehmen und Schule siehe: Privatisierungsreport Nr. 1
- 126 http://www.handelsblatt.com/_p=316,_t=iframe_cn,frame_url=http://partner.vhb.de/euroforum/wirtschaft-schule, 27.10.2009
- 127 Broschüre „Potenziale fördern – in die Zukunft investieren !“, Seite 4, zu finden auf: <http://www.handelsblattmachtschule.de/news/index.php>, 27.10.2009

-
- 128 dazu und zum Folgenden: Pressemitteilung der TU München vom 27.10.2009:
<http://www.tumuenchen.de/>, 29.10.2009
- 129 <http://portal.mytum.de/welcome>, 2.11.2009
- 130 Manager-Magazin spezial, Die 300 reichsten Deutschen, Seite 16, Oktober 2009
- 131 vgl. Thomas Kerstan, Wir wollen es der Nation zeigen, DIE ZEIT, 15.10.2009,
Seite 65
- 132 <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/kritik/900564/>, 29.10.2009
- 133 dazu und zum Folgenden: Pressemitteilung der TU München vom 27.10.2009:
<http://www.tumuenchen.de/>, 29.10.2009
- 134 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/aktionaere-spalten-altana;1189807>, 29.10.2009
- 135 <http://www.faz.net/s/RubF3F7C1F630AE4F8D8326AC2A80BDBBDE/Doc~E42B017C7E88F44BD806B940C2848140E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>,
29.10.2009
- 136 <http://www.faz.net/s/RubF3F7C1F630AE4F8D8326AC2A80BDBBDE/Doc~E42B017C7E88F44BD806B940C2848140E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>,
29.10.2009
- 137 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/113.php>, 26.10.2009
- 138 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/113.php>, 26.10.2009
- 139 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/162.php>, 26.10.2009
- 140 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/268.php>, 26.10.2009
- 141 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/147.php>, 26.10.2009
- 142 http://www.lernen-vor-ort.info/_media/Lernen_vor_Ort_screen_neu.pdf, S.12,
26.10.2009
- 143 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/189.php>, 26.10.2009
- 144 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/230.php>, 26.10.2009
- 145 <http://www.lernen-vor-ort.info/en/185.php>, 26.10.2009
- 146 <http://www.lernen-vor-ort.info/en/185.php>, 26.10.2009
- 147 <http://www.lernen-vor-ort.info/de/98.php>, 26.10.2009
- 148 dazu und zum Folgenden: Drucksache 16/12283 vom 18.3.2009:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612283.pdf> , 26.10.2009

-
- 149 siehe Privatisierungsreport Nr.3, Seite 39ff
- 150 vgl. Privatisierungsreport Nr.3, Seite 48ff
- 151 http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com_content&task=view&id=256&Itemid=40, 27.10.2009
- 152 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/122/1612283.pdf>, 26.10.2009
- 153 Redebeiträge wurden lediglich zu Protokoll genommen:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16211.pdf>, ab Seite 22922, 28.10.2009
- 154 <http://www.ppp-plattform.de/index.php?page=222>, 29.10.2009
- 155 dazu und zum Folgenden: telefonische Auskunft von Sebastian Bergmann, Deutscher Sparkassen – und Giroverband, Abteilung Öffentliche Hand/PPP/Institutionen, 25.11.2009
- 156 http://www.axel-troost.de/article/1672.ppp_forfaitierung_mit_einredevorzicht.html, 20.10.2009
- 157 dazu und zum Folgenden:
http://www.finanzbuchverlag.de/mediafiles/uploads/fbv/dill-raubzug/4_Geldempaenger_III/Asmussen.pdf, 29.10.2009
- 158 <http://www.bilfingerberger.de/C125710E004ABFC5/vwContentByKey/W27LBJ6V742WEBTDE>, 27.10.2009
- 159 zum Folgenden: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/127/1612766.pdf>, 26.10.2009
- 160 zum Folgenden:
http://www.dstgb.de/homepage/artikel/schwerpunkte/gemeindefinanzen/infrastruktur/bundestag_will_oepp_modellprojekt_umsatzsteuerrefund_dstgb_lehnt_umsatzsteuerrefund_ab/index.html, 26.10.2009
- 161 zum Folgenden: Wolfgang Gerstlberger, Karsten Schneider, Public Private Partnership in deutschen Kommunen, in: WSI-Mitteilungen 10/2008
- 162 http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2009/200910mb_bbk.pdf, Seite 33, 27.10.2009
- 163 Christian Salewski, Cash oder Crash, Capital, 10/2009, 17.9.2009
- 164 siehe Privatisierungsreport Nr.6, Seite 44f
- 165 <http://www.fh-mainz.de/wirtschaft/aktuelle-nachrichten/detail/artikel/2009/10/19/fachhochschule-mainz-erlangt-mit-dem-master-ppp-pionierstellung/index.html>, 26.10.2009 – gefunden auf den Seiten des Portals www.nachdenkseiten.de

-
- 166 <http://www.uni-weimar.de/cms/bauing/organisation/bwl-im-bauwesen/team/leiter-der-professur.html>, 26.10.2009
- 167 <http://www.alfen-consult.de/index.html>, 26.10.2009, siehe auch: Christian Salewski, Cash oder Crash, Capital, 10/2009, 17.9.2009 sowie Privatisierungsreport Nr.3, Seite 47
- 168 <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16211.pdf>, Seite 22293, 28.10.2009
- 169 <http://www.hochtief.de/hochtief/174.jhtml>, 5.11.2009
- 170 siehe Privatisierungsreport Nr.3, Seite 42ff
- 171 <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/24.jhtml>, 5.11.2009
- 172 <http://www.hll-dreieich.de/index.php?id=23>, 26.10.2009
- 173 http://www.deutsche-bank-stiftung.de/downloads/E_LDI_13_2007_fin.pdf, 5.11.2009
- 174 <http://www.hll-dreieich.de/index.php?id=11>, 26.9.2009
- 175 http://www.hll-dreieich.de/fileadmin/pdf/pm_2007-04-18_ofb_grundsteinlegung.pdf, 26.10.2009; telefonische Auskunft von Kordula Egenolf, Kreis Offenbach, am 2.11.2009
- 176 <http://www.ofb.de/>, 5.11.2009
- 177 telefonische Auskunft von Kordula Egenolf, Kreis Offenbach, am 2.11.2009
- 178 Marion Schmidt, Prinzip Baukasten, Financial Times Deutschland, 16.5.2009
- 179 zum Folgenden: http://www.hll-dreieich.de/fileadmin/pdf/news_HLL_Vermietung_Broschuere.pdf, 5.11.2009
- 180 Marion Schmidt, Prinzip Baukasten, Financial Times Deutschland, 16.5.2009
- 181 Pressemitteilung der Adobe Systems GmbH, München, vom 3.11.2009
- 182 Vortrag von Heiko Stiepelmann in Forum 6 der 8.Jahrestagung Public-Private-Partnership, Folie Nr. 5
- 183 siehe etwa: <http://www.partnerschaften-deutschland.de/de/oepp-finanzkrise>, 27.10.2009
- 184 Vortrag von Werner Gatzter im Eröffnungsplenum der 8.Jahrestagung Public-Private-Partnership, Folie 8
- 185 <http://www.partnerschaften-deutschland.de/de/wer-wir-sind>, 27.10.2009

-
- 186 http://www.mkrq.com/reactor_cms/_media/9930e494b36f137e.kf_16_12766.pdf,
28.10.2009
- 187 [http://www.bmvbs.de/Bauwesen/Public-Private-Partnership-PPP-,1521.1052566/
Vorstellung-des-100.-PPP-Proje.htm](http://www.bmvbs.de/Bauwesen/Public-Private-Partnership-PPP-,1521.1052566/Vorstellung-des-100.-PPP-Proje.htm), 27.10.2009
- 188 zum Folgenden: [http://www.bilfingerberger.de/C125710E004ABFC5/vwCon
tentByKey/W27LBJ6V742WEBTDE](http://www.bilfingerberger.de/C125710E004ABFC5/vwContentByKey/W27LBJ6V742WEBTDE), 27.10.2009



6. Das Casino bleibt geöffnet

6.1 Die Lobby siegt

Pittsburgh, USA? War da was? Das Treffen der G-20-Staaten im September 2009, die angeblich antraten, um das weltweite Finanzsystem krisenfest zu machen? Ein „Trauerspiel“, urteilen die Globalisierungskritiker von Attac.¹⁸⁹

Zwar gibt es eine ganze Reihe Korrekturen am System. So wurden Leerverkäufe mit Aktien vielerorts zumindest teilweise verboten.¹⁹⁰ Etliche Regierungen begannen, ihre Bankenaufsicht zu straffen. In Pittsburgh einigte man sich zudem auf strengere Regeln für Manager-Boni.¹⁹¹ Die USA versprachen ferner, strengere Eigenkapitalregeln für Banken einzuführen. Doch das war's auch schon. Durchgefallen sind laut Attac etwa:

- die Einführung der Finanztransaktionssteuer¹⁹²
- das Schließen von Steueroasen
- die Kontrolle von Ratingagenturen

„Auch in Zukunft soll es für Hedgefonds und ähnlich gefährlichen Finanzmarktschrott keine Zulassungspflicht geben“, kritisierte Hugo Braun von Attac.¹⁹³ Das wichtige Thema globaler Handelsungleichgewichte sei zudem „in die Zukunft verschoben worden“. Das globalisierungskritische Netzwerk, das eine Delegation nach Pittsburgh geschickt hatte, berichtete von „politischen Gegensätzen unter den Regierungen“. Als Hardliner zeigten sich einmal mehr die Regierungen der USA und Großbritanniens – Wall Street und Londoner City lassen grüßen.¹⁹⁴

„...dass einige Wall-Street-Oligarchen die Politik in Washington unterwandert haben und massiven Einfluss nehmen auf die Reform des US-Finanzsystems ist nicht ausgedacht, sondern harte Realität.“

(Dietmar Neuerer, Handelsblatt, 26. Mai 2009)¹⁹⁵

Attac kündigte an, sich auch in Zukunft für die Schrumpfung und Kontrolle der Finanzmärkte einzusetzen. Weitere Ziele seien, die globalen Handels- und Machtungleichgewichte zu beseitigen sowie eine gerechte Verteilung von Vermögen sicherzustellen. „Es geht nicht darum, das Kasino sicherer zu machen, sondern es zu schließen.“¹⁹⁶ So Peter Wahl von der Nichtregierungsorganisation WEED.

WEED kritisierte bereits im Juni 2009 Freihandels-Verhandlungen, die die EU mit Drittstaaten führt.¹⁹⁷ Die Europäische Union setze sich dabei dafür ein, den Handel mit Finanzdienstleistungen zu liberalisieren. Christina Deckwirth, WEED-Expertin für Handelspolitik: „Hier agiert die EU im Interesse jener skrupellosen Finanzkonzerne, die für die Krise und ihre Folgen verantwortlich sind“.

6.2 Von Banditen und Bankern – weitere Nachrichten aus dem Casino

Dezember 2008. Die US-Eliteuniversität Harvard muss einräumen, dass sie durch die Finanzkrise rund acht Milliarden Dollar verloren hat.¹⁹⁸

April 2009. David Kellermann, Finanzchef der US-Hypothekenbank Freddie Mac, begeht Selbstmord.¹⁹⁹ Die Leiche des 41jährigen wird in dessen Wohnhaus in einem Vorort von Washington entdeckt.

Juni 2009. Der texanische Banker Sir Robert Allen Stanford wird in Virginia verhaftet.²⁰⁰ Die US-Behörden werfen ihm vor, Anleger mit einem gigantischen Schneeballsystem um sieben Milliarden Dollar betrogen zu haben. Ihm droht eine lebenslange Haftstrafe.

Juni 2009. Ein Gericht in New York verurteilt den Finanzjongleur Bernard Madoff zu 150 Jahren Gefängnis.²⁰¹ Der „größte Betrugsfall der Wall-Street-Geschichte“, schreibt Die Welt. Der 71jährige Madoff gab zu, über Jahrzehnte ein Schneeballsystem mit einem Volumen von 65 Milliarden Dollar betrieben zu haben. Zu Madoffs Opfern zählen Prominente wie Regisseur Steven Spielberg und Friedensnobelpreisträger Eli Wiesel.

Juli 2009. Eine Untersuchung des Generalstaatsanwalts von New York sorgt für Empörung:²⁰² Die neun größten US-Banken kassierten im Jahr 2008 vom amerikanischen Steuerzahler 175 Milliarden Dollar – und schütteten davon 32,6 Milliarden Dollar an Boni aus. „Die Milliardenboni flossen zum Teil trotz enormer Verluste“, berichtet die Wirtschaftswoche.

Juli 2009. Die Deutsche Bank verkündet, dass sie im ersten Halbjahr 2009 einen Nettogewinn von 2,3 Milliarden Euro erzielt hat.²⁰³

September 2009. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Dirk Jens Nonnenmacher wegen des Verdachts der Untreue.²⁰⁴ Nonnenmacher ist Chef der angeschlagenen HSH Nordbank, der Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein. Die HSH überwies 45 Millionen Dollar an Goldman Sachs, obwohl die Verpflichtung dazu laut Presseberichten strittig war. Goldman Sachs hatte sich bei der HSH gegen Kreditausfälle von Lehman Brothers versichert.

September 2009. Stiftung Warentest stellt fest, dass die Banken „weiter mit den gleichen Tricks arbeiten, um für den Kunden ungünstige Finanzprodukte in neuer Verpackung zu verkaufen.“²⁰⁵

Oktober 2009. Das FBI verhaftet den US-amerikanischen Hedgefonds-Gründer Raj Rajaratnam.²⁰⁶ Der aus Sri Lanka stammende Milliardär soll mindestens 20 Millionen Dollar erschwindelt haben.

Oktober 2009. In den Büchern deutscher Banken schlummern weiterhin Risiken mit einem Gesamtwert von 650 Milliarden Euro. Das meldet das Manager-Magazin.²⁰⁷ Grund seien „toxische Papiere“ im Besitz der Geldinstitute. Goldman Sachs gibt seine Zahlen für das dritte Quartal 2009 bekannt: Der Nettogewinn beträgt 3,19 Milliarden Dollar.²⁰⁸

Verlagsbeilage „Derivate“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. November 2009:

„Die Krise scheint abgehakt bei den Emittenten derivativer Anlage- und Hebelprodukte. Seit März dieses Jahres steigt nicht nur das in Zertifikate investierte Marktvolumen kontinuierlich. Auch die Stimmungsindikatoren haben gedreht. Auf dem alljährlichen Branchentreffen im Oktober in Frankfurt am Main war vom prophezeiten Niedergang der Industrie zumindest nichts zu spüren...“²⁰⁹

November 2009. Der US-Bundesstaat Delaware liegt auf Platz 1 der „Steuer- und Verdunkelungsoasen“. Es folgen Luxemburg, Schweiz, Cayman-Islands und Großbritannien. So die aktuelle Rangliste, die das internationale Tax Justice Network der Öffentlichkeit vorstellte.²¹⁰

Dezember 2009. Griechenland droht der Staatsbankrott. Wegen der Finanzkrise ist die Verschuldung des Landes enorm gestiegen.²¹¹ Auch das arabische Emirat Dubai taumelt. Die staatseigene Immobilienholding häufte 60 Milliarden Dollar Schulden an.²¹²

Quellen

- 189 <http://www.attac.de/aktuell/krisen/g20-proteste/detailsicht/datum/2009/09/25/g20-gescheitert-gipfel-geht-zentrale-krisenursachen-nicht-an/?cHash=5e6ddbfa91>, 27.10.2009
- 190 vgl. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/bafin100.html>, 6.11.2009
- 191 zum Folgenden:
<http://www.attac.de/aktuell/krisen/g20-proteste/detailsicht/datum/2009/09/25/g20-gescheitert-gipfel-geht-zentrale-krisenursachen-nicht-an/?cHash=5e6ddbfa91>, 27.10.2009
- 192 siehe Kapitel 2.5, Absatz über Attac
- 193 <http://www.attac.de/aktuell/krisen/g20-proteste/detailsicht/datum/2009/09/25/skepsis-beim-gipfelaufakt-in-pittsburgh/?cHash=37797d1fc9>, 27.10.2009
- 194 vgl. http://www.handelsblatt.com/politik/_b=2292510,_p=6,_t=ftprint,doc_page=0;printpage, 28.10.2009
- 195 http://www.handelsblatt.com/politik/_b=2292510,_p=6,_t=ftprint,doc_page=0;printpage, 28.10.2009
- 196 http://www2.weed-online.org/uploads/the_non_reform_de.pdf, 27.10.2009
- 197 <http://www.weed-online.org/themen/finanzen/2593250.html>, 27.10.2009
- 198 <http://www.welt.de/finanzen/article2826698/Elite-Uni-Harvard-verzockt-Milliarden-an-der-Boerse.html>, 28.10.2009
- 199 <http://www.manager-magazin.de/koepfe/artikel/0,2828,620550,00.html>, 28.10.2009
- 200 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,631312,00.html>, 28.10.2009
- 201 <http://www.welt.de/finanzen/article4024662/Gericht-verurteilt-Madoff-zu-150-Jahren-Haft.html>, 28.10.2009
- 202 <http://www.wiwo.de/finanzen/staatsmilliarden-fuer-boni-banker-404650/>, 28.10.2009

-
- 203 http://www.db.com/presse/de/content/presse_informationen_2009_4555.htm?month=4, 28.10.2009
- 204 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/ermittlungen-gegen-hsh-chef-nonnenmacher;2462090>, 28.10.2009
- 205 <http://www.test.de/presse/pressemitteilungen/-Zertifikate/1806659/1806659/>, 5.11.2009
- 206 http://www.nzz.ch/nachrichten/wirtschaft/aktuell/insiderhandel_hedgafonds_1.3885238.html, 28.10.2009
- 207 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,655777,00.html>, 28.10.2009
- 208 <http://www.goldman-sachs.com/our-firm/press/press-releases/current/pdfs/2009-q3-earnings.pdf>, 28.10.2009
- 209 Editorial der Verlagsbeilage "Derivate", veröffentlicht in der F.A.Z. am 11.11.2009
- 210 http://www.taxjustice.net/cms/upload/SchattenFinanzIndex_Praesentation2.11.2009_Berlin_TJN.pdf, 2.11.2009
- 211 http://www.rp-online.de/politik/ausland/Griechenland-schliesst-Risiko-eines-Staatsbankrotts-aus_aid_794532.html, 29.12.2009
- 212 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/dubai-vor-staatsbankrott-das-ende-von-tausendundeiner-nacht;2196619;3#bgStart>, 29.12.2009

7. Was GEW und andere Gewerkschaften fordern

GEW und DGB machen sich dafür stark, die Ursachen der Finanzkrise zu beseitigen. Das heißt, Schluss mit Deregulierung. Schluss damit, den öffentlichen Sektor zu schwächen, so dass privates Kapital immer mächtiger werden kann.

Das bedeutet auch, den öffentlichen Bereich vor dem „Unternehmergeist“, vor den Regeln von Markt und Wettbewerb, zu schützen. Denn dies erweist sich als Einfallstor für Spekulation und Gier. Eine Schutzmauer entsteht, wenn wir das Recht auf kostenlose Bildung für alle durchsetzen. Doch eine Schutzmauer wie diese kann nicht errichtet werden, solange spekulative Geldmassen und ihre Lobbyisten sich ungehindert ausbreiten können. Die Forderungen im einzelnen:

7.1. Finanzmärkte wirksam regulieren

- Hedgefonds und Zweckgesellschaften verbieten
- einen TÜV für Finanzprodukte wie CDO und CDS einführen
- Ratingagenturen zumindest staatlich beaufsichtigen
- Steueroasen, auch in Industriestaaten wie Großbritannien (Kanal-Inseln), Irland und USA (Delaware), schließen
- Strengere Eigenkapitalregelungen für Banken einführen
- Boni von Banken-Managern drastisch beschränken
- Verstaatlichung von Banken, die vom Staat gestützt werden

7.2 Ungleiche Vermögensverteilung beseitigen

- Vermögenssteuer wieder einführen, Erbschaftssteuer erhöhen
- Besteuerung der Veräußerungsgewinne von Unternehmen und Banken wieder einführen

-
- Steuerhinterziehung bekämpfen
 - Finanztransaktionssteuer einführen. Eine entsprechende Petition, zu der unter anderem der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne aufgerufen hat, liegt derzeit beim Deutschen Bundestag²¹³
 - Kaufkraft stärken, also höhere Löhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht nur im Bildungswesen
 - Mindestlohn durchsetzen

7.3. Privatisierung stoppen

- Öffentliche Bildungsausgaben um 40 Milliarden Euro pro Jahr aufstocken
- Einführung weiterer kapitalfinanzierter Elemente in den sozialen Sicherungssystemen (Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Krankenversicherung) stoppen
- Steuergelder aus den Konjunkturpaketen nicht für PPP-Projekte verwenden
- Einflussnahme von Unternehmen, unternehmensnahen Stiftungen und Arbeitgeberlobby auf Schule und Unterricht stoppen
- Gemeinnützigkeit von unternehmensnahen Stiftungen überprüfen

Quelle

213 <http://www.steuer-gegen-armut.org/wer-sind-wir.html>, 29.12.2009



Ihr Kontakt zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/2103045
E-Mail: info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Bayern

Schwantalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
E-Mail: info@bayern.gew.de
www.gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
E-Mail: info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
E-Mail: info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningsstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
E-Mail: info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
E-Mail: info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/485270
Telefax: 0385/4852724
E-Mail: landesverband@mvp.gew.de
www.gew-mv.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
E-Mail: email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
E-Mail: info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
E-Mail: gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
E-Mail: info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/5195-1550
Telefax: 0431/5195-1555
E-Mail: info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
E-Mail: info@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

GEW-Hauptvorstand Parlamentarisches Verbindungs- büro Berlin

Wallstraße 65, 10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
E-Mail: parlamentsbuero@gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Online Mitglied werden unter
www.gew.de/Mitgliedsantrag.html

(Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Persönliches

Frau/Herr

Nachname (Titel)

Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei von/bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufliches

Berufsbezeichnung für Studierende: Berufsziel

Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsanfang

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif / Besoldungsgruppe

Stufe seit

Bruttoeinkommen Euro monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle

Träger des Betriebs / der Dienststelle

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle

Postleitzahl, Ort des Betriebs/der Dienststelle

Ihr Mitgliedsbeitrag:

- Beamtinnen und Beamte zahlen 0,75 Prozent der 6. Stufe.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Beschäftigungsverhältnis:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Honorarkraft | <input type="checkbox"/> in Elternzeit |
| <input type="checkbox"/> angestellt | <input type="checkbox"/> befristet bis _____ |
| <input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Std. / Woche |
| <input type="checkbox"/> beamtet | <input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit ____ Prozent |
| <input type="checkbox"/> in Rente / pensioniert | <input type="checkbox"/> Referendariat / Berufspraktikum |
| <input type="checkbox"/> im Studium | <input type="checkbox"/> arbeitslos |
| <input type="checkbox"/> Altersteilzeit | <input type="checkbox"/> Sonstiges _____ |

Ort, Datum

Unterschrift

wird von der GEW ausgefüllt

GEW-KVI-OV

Dienststelle

Fachgruppe

Kassiererstelle

Tarifbereich

Beschäftigungsverhältnis

Mitgliedsbeitrag Euro

Startmonat

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vielen Dank!
Ihre GEW

Fachgruppe

Nach § 11 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung
- Gesamtschulen
- Gewerbliche Schulen
- Grundschulen
- Gymnasien
- Hauptschulen
- Hochschule und Forschung
- Kaufmännische Schulen
- Realschulen
- Schulaufsicht und Schulverwaltung
- Sonderschulen
- Sozialpädagogische Berufe

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Betrieb/Dienststelle

Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds.

Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Berufsbezeichnung

Geben Sie hier bitte Ihren Beruf oder Ihre Tätigkeit an, eingetragen werden sollen auch Arbeitslosigkeit oder Ruhestand.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben Ihrer Vergütungs- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder keine Vergütung nach TVöD/TV-L oder BAT erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.